



Konrad
Adenauer
Stiftung



RUSSLANDS ANNEXION DER KRIM

EINE AUSWAHL INTERNATIONALER
WAHRNEHMUNGEN UND AUSWIRKUNGEN

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

Telefon: 030 | 26996-0
Telefax: 030 | 26996-3555
E-Mail: redaktion@kas.de

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers
Stellv. Generalsekretär der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Koordination und Redaktion

Jasper Eitze, Referent Russland, Ukraine, Belarus, Moldau und Südkaukasus
Philipp Müller, Referent Vorstandsbüro



ClimatePartner[®]
klimaneutral

Druck | ID: 53323-1411-1031

Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von
„Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen
Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE
(abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).

© 2014, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: © Oleksandr Polegenko/Ukrafoto/EQ Images
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Satz: Cornelia Wurm, ZKM | Konrad-Adenauer-Stiftung.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-084-5

INHALT

5 | VORWORT

9 | 1. TEIL: POSTSOWJETISCHER RAUM

Armenien.....	9
Aserbajdschan.....	11
Estland.....	11
Georgien.....	13
Kasachstan.....	15
Lettland.....	17
Litauen.....	20
Moldau.....	23
Zentralasien.....	28

31 | 2. TEIL: ERWEITERTE NACHBARSCHAFT RUSSLANDS

Bosnien und Herzegowina.....	31
China.....	33
Indien.....	35
Japan.....	37
Kosovo.....	40
Mazedonien.....	42
Pakistan.....	43
Philippinen.....	45
Vietnam.....	46

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

die bedeutende außen- und sicherheitspolitische Krise der vergangenen Monate in Europa wird uns auch im Jahr 2015 weiter intensiv beschäftigen. Die handstreichartige völkerrechtswidrige Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland ist die erste gewaltsame Grenzverschiebung eines Staates in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Der Kreml rechtfertigt dieses Handeln mit dem Hinweis auf ethnische und historische Verbindungen zwischen Russland und der Krim und führt das Recht auf Selbstbestimmung der Mehrheit der Krim-Bevölkerung als Legitimation an. Wir wissen nur zu gut, wieviel Unheil, Tod und Zerstörung in der europäischen Geschichte in Folge des Arguments einer angeblichen territorialen Zugehörigkeit entstanden ist. Das friedliche Zusammenleben von Staaten und verschiedenen Volksgruppen innerhalb eines Staates ist dadurch gefährdet. Dies lässt sich auch an ähnlich gelagerten Konflikten weltweit ablesen. Umso mehr stellt sich die Frage, wie die Krim-Annexion gerade auch in anderen postsowjetischen Staaten und der erweiterten Nachbarschaft Russlands wahrgenommen wird. Wie sehen Politik, Staat, Medien und Zivilgesellschaft im postsowjetischen Raum, im Südkaukasus, in Zentralasien und in Asien eigentlich die Annexion der Krim durch Russland? Vor welchem Hintergrund ist diese Wahrnehmung zu sehen? Besteht die Gefahr, dass die Annexion gar zur Vorlage oder zumindest zu einem Bezugspunkt für gewaltsames Handeln andernorts wird? Die vorliegende Publikation möchte Einblicke liefern in diese Fragen und damit eine Informationslücke in der deutschen Debatte zur Ukraine-Krise schließen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den jeweiligen Einsatzländern haben dazu berichtet.

Gleichzeitig kann eine solche Bestandsaufnahme natürlich nie abschließend sein. Ausgewählt haben wir in diesem Fall deshalb Länder, die entweder in geografischer Nähe zu Russland und der Ukraine liegen oder ähnlich gelagerte Territorial- und Grenzstreitigkeiten aufweisen.

Die Berichte unserer Auslandsmitarbeiter zeigen, dass für den post-sowjetischen Raum, wie beispielsweise im Baltikum oder im Südkaukasus, die Krim-Annexion von besonderer Relevanz ist. Auch hier finden sich russischsprachige Bevölkerungsteile, die vom Kreml als Teil eines großrussischen Plans betrachtet werden könnten oder in denen bereits sogenannte „Froze Conflicts“ bestehen, in denen Russland eine zentrale Rolle spielt und territoriale Abspaltungen unterstützt. Entsprechend intensiv ist in diesen Ländern die öffentliche Debatte von dieser Thematik geprägt und unterschiedliche Sichtweisen verlaufen weitgehend entlang ethnischer Bevölkerungsgruppen. Auffällig ist dabei auch der starke Einfluss russischer Propaganda, die teilweise direkt über russisch-dominierte Medien in die betreffenden Länder hineinwirkt.

Aber auch in Staaten außerhalb des postsowjetischen Raums, beispielsweise in Bosnien oder dem Kosovo, wo ebenfalls Konflikte schwelen, reagiert man sehr sensibel auf die Ereignisse auf der Krim.

Bei den zentralasiatischen Staaten zeigen unsere Ergebnisse ebenfalls ein heterogenes Bild. Tadschikistan und Kirgisistan unterhalten traditionell enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Russland, entsprechend vorsichtig fielen auch die Reaktionen in diesen Ländern aus. Usbekistan und Turkmenistan hingegen sehen die russische Annexion der Krim durchaus kritisch. Gemeinsam ist den zentralasiatischen Staaten allerdings, dass dort vielerorts Grenz- und Territorialkonflikte brodeln, die aus historisch motivierten gegenseitigen Ansprüchen resultieren. Sollte die Krim-Annexion international geduldet und gar akzeptiert werden, könnten also auch in diesen Ländern unabsehbare Konsequenzen für die territoriale Einheit die Folge sein.

Neben der unmittelbaren Umgebung spielt die Krim-Annexion auch in der erweiterten Nachbarschaft eine Rolle, wie die Analysen aus Asien zeigen. Zu beobachten ist eine klare Zweiteilung: die Reaktionen der beiden regionalen Schwergewichte China und Indien fallen eher indifferent aus, im Fall des selbstbewussten BRICS-Staat Indien wird dem Westen gar eine gehörige Portion Mitschuld an der Eskalation der Entwicklungen in Kiew attestiert. Japan und Vietnam hingegen befürchten, die Annexion der Krim durch Russland könne Auswirkungen auf die politische und militärische Situation in ihrer unmittelbaren Umgebung haben, wenn eine aggressivere chinesische Außen- und Sicherheitspolitik die Folge wäre. In Pakistan erfuhr Russlands gewaltsame Grenzverschiebung

wider Erwarten keine besondere Aufmerksamkeit, obwohl das Land mit der Kaschmir-Region bekanntermaßen selbst in einen Territorialkonflikt mit einem Nachbarstaat verwickelt ist. Die Gründe hierfür liefern nicht zuletzt interessante Einblicke in Prioritäten und Interessen der außen- und sicherheitspolitischen Denkmuster des Landes.

Die vorliegende Studie ermöglicht in erster Linie einen Einblick in die Wahrnehmungen, Einschätzungen und nicht zuletzt Ängste von Politik, Medien und Zivilgesellschaft in Ländern der unmittelbaren und weiteren Umgebung zu Russland und der Ukraine. Sie ist damit gleichzeitig Teil unserer umfassenden Aktivitäten und Projekte zur Förderung des Dialogs zu außen- und sicherheitspolitischen Themen in Deutschland, in deren Rahmen wir regelmäßig Befindlichkeiten anderer Länder analysieren und der deutschen Politik und Gesellschaft zur Verfügung stellen.

Außerdem ermuntern uns die genannten Erkenntnisse und Schlussfolgerungen zu einer entschlossenen Fortsetzung unseres Engagements für die territoriale Souveränität von Staaten. Schon jetzt unterstützen wir durch vielfältige Dialog- und Kooperationsprogramme den friedlichen Austausch unterschiedlicher ethnischer, politischer und kultureller Gruppen in unseren Einsatzländern. Unser Ziel muss es sein, zu verhindern, dass die völkerrechtswidrige Annexion der Krim regional und international Schule macht. Darauf werden wir auch in Zukunft in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit unseren Partnern hinwirken.

Eine anregende Lektüre und interessante Einblicke wünscht Ihnen

*Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

1. TEIL: POSTSOWJETISCHER RAUM

ARMENIEN

Dr. Canan Atilgan | Florian Constantin Feyerabend

In der UN-Generalversammlung stimmte Armenien am 27. März 2014 zusammen mit elf anderen Staaten gegen die Resolution, die das illegale und manipulierte Referendum auf der Krim über einen Beitritt der ukrainischen Halbinsel zu Russland verurteilte. Das armenische Abstimmungsverhalten belastete das Verhältnis zur Ukraine schwer und veranlasste die ukrainische Regierung dazu, zwischenzeitig seinen Botschafter zu Konsultationen nach Kiew zu beordern. Der Präzedenzfall Krim kommt der armenischen Führung gelegen, da sich das Land im Berg-Karabach-Konflikt auf die Rechtmäßigkeit des dortigen Volksentscheids über die Abspaltung von Aserbaidschan beruft. Armeniens Präsident Sargsyan bezeichnet dementsprechend die Annektierung der Krim nach Abhaltung eines Referendums als „Modell für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker“.

In Berg-Karabach, vor dem Ende des Kalten Krieges eine mehrheitlich armenisch besiedelte Enklave in der Aserbaidschanischen Sozialistischen Sowjetrepublik, gab es seit 1988 gewaltsame Bestrebungen nach Unabhängigkeit von Baku und Vereinigung mit Armenien. 1991 erklärte sich Berg-Karabach nach Abhaltung eines Referendums einseitig für unabhängig. Versuche Aserbaidschans, das Territorium

mit militärischen Mittel zurückzugewinnen, scheiterten und endeten mit einem Waffenstillstand 1994. Armenien und Aserbaidschan befinden sich jedoch weiterhin im Kriegszustand und immer wieder kommt es an der „Kontaklinie“ zu Zusammenstößen. Völkerrechtlich gehört Berg-Karabach weiterhin zu Aserbaidschan, de facto ist es jedoch der Kontrolle Bakus entzogen und eng mit der Republik Armenien verbunden. Seit 1994 versucht die sog. Minsk-Gruppe der OSZE unter dem Ko-Vorsitz von Frankreich, USA und Russland eine diplomatische Lösung des „eingefrorenen“ Konflikts herbeizuführen, bislang jedoch ohne nennenswerten Erfolg.

Im Zug der Krim-Krise wurden in Armeniens Politik und Medien Vergleiche zwischen der Krim und Berg-Karabach angestellt. Ethnisch-kulturelle und historische Gründe wurden aufgeführt um die Ähnlichkeiten von Krim und Berg-Karabach zu demonstrieren: Während es der Ukrainer Chruschtschow war, der 1954 die mehrheitlich von ethnischen Russen besiedelte Krim der Ukraine einverleibte, so war es Stalin, der 1923 Berg-Karabach der Aserbaidschanischen Sozialistischen Sowjetrepublik zuschlug. Die Annektierung der Krim ist in diesem Narrativ eine Wiedergutmachung historischen Unrechts, genauso wie die Loslösung Berg-Karabachs von Aserbaidschan.

Auch wenn es in der armenischen Zivilgesellschaft pro-westliche Tendenzen gibt, fiel die Kritik an Russland in Bezug auf die Krim-Krise dennoch schwach aus. Dies liegt zum einen darin begründet, dass auch pro-westliche Kreise Ähnlichkeiten zwischen der Gemengelage auf der Krim und in Berg-Karabach sehen. Zum anderen herrscht auch hier das Bewusstsein vor, dass der außenpolitische Spielraum Armeniens eingeschränkt ist, da das Land nicht zuletzt aufgrund der geographischen Isolation wirtschaftlich wie auch sicherheitspolitisch von Russland, das Militärbasen im Land unterhält, abhängig ist. Insbesondere durch die Entscheidung vom 3. September 2013, der von Russland geführten Zollunion beizutreten, hat sich Armenien für die kommende Zeit auf Russland als strategischen Partner festgelegt. Dessen ungeachtet betrachtet man in Eriwan das Agieren Russlands in der Ostukraine mit Argwohn. Für viele ist es eine böse Vorahnung dessen, was Armenien drohen könnte, sollte sich Eriwan eines Tages von seinem strategischen Partner Russland zu lösen versuchen. Diese Bedenken sind jedoch auf die hauptstädtischen gebildeten Zirkel beschränkt. In den Provinzen ist das primäre Informationsmedium russisches Fernsehen und entsprechend unreflektiert werden hier pro-russische Sichtweisen übernommen.

ASERBAIDSCHAN

Dr. Canan Atilgan | Florian C. Feyerabend

Aserbaidschan verfolgt weiterhin das Prinzip einer multi-vektoralen Außenpolitik. In der UN-Generalversammlung stimmte Aserbaidschan am 27. März 2014 zusammen mit 100 weiteren Staaten für die Resolution, die das illegale und manipulierte Referendum auf der Krim verurteilte und die staatliche Souveränität der Ukraine anerkannte. Bemüht um gute Beziehungen sowohl mit dem Westen als auch mit Russland, schlägt die aserbaidschanische Regierung insgesamt betrachtet einen zurückhaltenden Tonfall gegenüber Russland an. In den wenigen offiziellen Statements zur Lage in der Ukraine betonen Regierungsvertreter jedoch deutlich das Recht der Ukraine auf territoriale Integrität, das mit Blick auf den Konflikt um Berg-Karabach auch für Aserbaidschan zentral ist. Da Russland eine entscheidende Rolle in den Verhandlungen über die Zukunft Berg-Karabachs einnimmt – Russland ist Schutzmacht Armeniens und hat zugleich Ko-Vorsitz der OSZE Minsk-Gruppe –, ist für Baku allerdings auch in dieser Hinsicht ein diplomatisches Vorgehen geboten. Ein öffentlicher Diskurs über die Ereignisse auf der Krim und in der Ostukraine findet allerdings nicht statt.

ESTLAND

Thomas Schneider

Die Annexion der Krim ist ein zentrales Thema in Estland. Die estnische Regierung gehört innerhalb der Europäischen Union mit zur Gruppe der schärfsten Kritiker der Krim-Annexion durch die Russische Föderation. Schritte zur Sanktionierung Russlands in der Folgezeit wurden ausnahmslos unterstützt – trotz bisher guter Absatzchancen auf dem russischen Markt (Russland war 2013 drittgrößter Exportmarkt). Die vorherrschende Meinung ist, dass derartige Aggressionen nicht in das Europa des 21. Jahrhunderts passen und bestraft gehören. Die veröffentlichte Meinung in Estland verhält sich sehr ähnlich. Die Medien berichteten nahezu täglich zu diesem Thema. Auch aufgrund der Erfahrungen mit der sowjetischen Besatzung und Annexion 1939/1940 ist dieses Thema zusätzlich präsent und von besonderer Sensibilität. Mit den Entwicklungen in der Ostukraine findet diese Debatte ihre Fortsetzung.

Es wird befürchtet, dass Russland eines Tages auch Gebietsinteressen auf Estland ausweiten könnte. Aus estnischer Sicht existieren historische Parallelen zwischen der Annexion der Krim und der Annexion Estlands durch die ehemalige Sowjetunion, da in beiden Fällen auf Referenden – begleitet durch verdeckte Besatzungsmanöver – zurückgegriffen wurde.

Allerdings stellt sich die Lage Estlands durch seine NATO-Mitgliedschaft deutlich anders dar. Die NATO-Mitgliedschaft wird in Estland mehrheitlich als die „rote Schutzlinie“ gegenüber möglichen Territorialinteressen Russlands verstanden. Das aktuelle Schicksal der Ukraine sieht man daher als Negativbeispiel, da dieses Land aus Sicht der Esten ohne den Schutz durch die NATO zum Opfer imperialer Interessen Russlands wurde.

Das Meinungsbild der Bevölkerung in Estland hingegen ist differenziert zu betrachten. Abweichende Meinungen laufen entlang der ethnischen Herkunft. So unterscheidet sich die Wahrnehmung und Interpretation zur Annexion der Krim deutlich. Während sich ethnische Esten zum überwiegenden Teil der veröffentlichten Position anschließen, haben ethnische Russen in Estland, somit ca. ein Drittel der Bevölkerung, ein anderes Verständnis, das sich im Fall der Krim-Annexion überwiegend mit der veröffentlichten Meinung in russischen Massenmedien deckt. Zwei Aspekte dominieren: 1. Der historische Kontext legitimiere den Anschluss der Krim an die Russische Föderation. 2. Die Bürger der Krim seien während der letzten zwanzig Jahre vom ukrainischen Staat vernachlässigt worden und hätten eine bessere Zukunft gewählt.

Politisch wird diese Sichtweise nur von der estnischen Zentrumspartei artikuliert: die Europaabgeordnete Yana Toom stimmte beispielsweise gegen die Resolutionen im Europäischen Parlament, die das russische Vorgehen bezüglich der Krim verurteilten. Michail Stalnuhin aus Narva äußerte sich öffentlich, dass die russische Minderheit die Daumen für die Seite drücke, die gegen Faschisten kämpft.

Bezüglich der Stimmen für eine historische Berechtigung der Krim-Annexion gibt es unter den ethnischen Esten hingegen keine Zustimmung. Die scheinbar geringe Loyalität der Krimbevölkerung gegenüber dem ukrainischen Nationalstaat wird ferner von estnischen Eliten so gedeutet, dass „die Russischsprachigen es nicht besonders mögen, in einem anderen Nationalstaat eine andere Sprache zu lernen. Wenn die pro-russische Argumentation betrachtet wird, dann ist ein Argument,

dass der ukrainische Staat versucht hat zu ukrainisieren, den Bewohnern die ukrainische Sprache beizubringen. Das hat mit dem russischen Großmacht-Denken zu tun, im Grunde wird immer noch gedacht, dass Ukrainisch keine ebenbürtige Kultur ist, dass ein Russe nicht ukrainisch lernen soll, da ukrainisch eigentlich nur eine illegitime Mischung zwischen dem Russischen und dem Polnischen ist.“ Diese Einstellung gegenüber dem Estnischen wird häufig geäußert.

Die Einstellung zur Krim-Krise in der Bevölkerung wird vornehmlich aus eigenen Erfahrungen und Erinnerungen gebildet. Man meint zu wissen, wie Russland historisch einzuordnen ist – häufige Vergleiche mit dem 2008 stattgefundenen Georgienkrieg werden herangezogen.

Auf die Frage, ob die kritische Haltung Estlands gegenüber Russland nicht auch teilweise durch die Stellung als EU- und NATO-Außengrenze erzwungen ist, und ob durch die große russischsprachige Minderheit Estland nicht als Mittler prädestiniert wäre, wird in Estland abweisend reagiert. Landläufige Meinung ist, dass Russland den Westen weitestgehend als Feind wahrnehme. In einem Territorialkonflikt, wie der Annexion der Krim, gäbe es keine Grauzone. Wenn weiterhin an einem Völkerrecht festgehalten werden sollte, dann dürfe es kein „lasst uns das erörtern“, kein „wer meint historisch welche Rechte zu haben“ geben.

GEORGIEN

Dr. Canan Atilgan | Florian Constantin Feyerabend

Georgien, dessen Regierungskoalition „Georgischer Traum“ bei Amtsantritt 2012 eine Verbesserung der Beziehungen zu Moskau in Aussicht gestellt hatte, ist weiterhin klar westlich orientiert und strebt eine EU- und NATO-Mitgliedschaft an. Die russischen Aggressionen in der Ukraine verurteilten Regierung und Opposition scharf. Unter dem Eindruck des georgisch-russischen Krieges von 2008 betrachtet das Land seinen nördlichen Nachbarn als Bedrohung. Die Bevölkerung Georgiens ist mit großer Mehrheit pro-westlich und anti-russisch eingestellt. Laut einer aktuellen Umfrage des National Democratic Institute (NDI) vom August 2014 betrachten 78 Prozent der Bevölkerung Russland als Gefahr für Georgien.

Russland hat eine beträchtliche Zahl Soldaten in den seit den frühen 1990er Jahren abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien stationiert und unterstützt diese Territorien politisch, militärisch und wirtschaftlich. In unmittelbarem Zusammenhang mit den Ereignissen auf der Krim wurden in Südossetien Stimmen laut, die eine Eingliederung des Gebiets in die Russische Föderation – und damit eine Vereinigung mit Nordossetien – forderten. Die Bevölkerung Abchasiens hingegen ist mehrheitlich gegen einen Beitritt zur Russischen Föderation und unterstützt den Kurs der De-facto-Regierung nach Anerkennung staatlicher Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Vertiefung der Beziehungen zu den Ländern der russisch dominierten Zollunion. Lediglich Russland und drei weitere Staaten (Venezuela, Nicaragua, Nauru) haben bislang die staatliche Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens anerkannt.

In Anbetracht der Tatsache, dass Georgien am 27. Juni 2014 gegen den Willen Moskaus ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet hat, befürchtet man in Georgien weitere Provokationen Russlands, sowie Versuche Moskaus, durch Soft-Power-Instrumente Tiflis von seinem pro-westlichen Kurs abzubringen. Die Erfahrungen des russisch-georgischen Kriegs 2008 sowie die aggressive Außenpolitik Russlands auf der Krim und in der Ost-Ukraine haben Befürchtungen geweckt, dass Moskau mittelfristig auch in Georgien militärisch intervenieren könnte. Diese Sorgen werden vor allen Dingen von Oppositionspolitikern der Saakaschwili Partei UNM geteilt. So wird darauf hingewiesen, dass die Distanz zwischen den russischen Stützpunkten in Südossetien und der russischen Militärbasis im armenischen Gjumri lediglich 250 km beträgt. Ein russischer Vormarsch würde nicht nur Georgien zerteilen, sondern auch die Hauptverkehrsader und den Energietransitkorridor zwischen Kaspischem und Schwarzem Meer unterbrechen.

Da die Interventionen Moskaus auf der Krim und in der Ostukraine unter dem Vorwand des Schutzes von russischsprachigen Minderheiten erfolgte, rückte auch in Georgien die lange Zeit vernachlässigte Thematik der Teilhabe nationaler Minderheiten am wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben auf die Tagesordnung. So gibt es nicht vollkommen unberechtigte Befürchtungen, dass ethnische Armenier in Südgeorgien ein Sicherheitsrisiko darstellen könnten. In der an Armenien angrenzenden georgischen Provinz Samtskhe-Javakheti stellen ethnische Armenier mit 54 Prozent die Bevölkerungsmehrheit. Die wirtschaftliche und politische Teilhabe dieser Bevölkerungsgruppe ist bislang nicht stark

ausgeprägt. Die georgische Regierung hat diesen möglichen Gefahrenherd jedoch erkannt und geht dies proaktiv mit beispielsweise wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen an.

KASACHSTAN

Amos Helms

Kasachstan pflegt seit seiner Unabhängigkeit vor über zwanzig Jahren sehr gute Beziehungen zu Russland. Die Presselandschaft wird bis heute von russischen Medien beherrscht, entsprechend fallen auch Meinungsumfragen aus. Dies zeigt sich sehr deutlich an der Berichterstattung zur Krim-Krise.

Diskussionen zu diesem Thema finden vor allem in den sozialen Medien statt. Dort wird das Thema sehr kontrovers diskutiert. Dabei positioniert sich die Mehrheit der kasachischen Diskussionsteilnehmer eindeutig gegen die russische Annexion der Krim und teilt somit nicht die aus deren Sicht zu diplomatisch und zurückhaltende Position der kasachischen Regierung. Die kasachischen Staatsmedien berichten in den meisten Fällen sehr distanziert und orientieren sich dabei an den offiziellen Regierungsverlautbarungen Astanas. Die Präsenz russischer Medien führt dazu, dass die Moskauer Haltung den öffentlichen Diskurs in Kasachstan dominiert. Das führt zu einer klaren Unterstützung der russischen Politik durch kasachische Staatsmedien.

Eine Anfang Mai 2014 in Kasachstan durchgeführte Telefonumfrage der von der KAS initiierten Umfrageplattform Demoscope ergab, dass der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland eine überwältigende Mehrheit der Befragten (86 Prozent) zwar sehr beunruhigt, jedoch 61 Prozent der Befragten die Annexion der Krim „aus historischen Gründen“ nachvollziehen können.

Bemerkenswert ist auch die Antwort auf die Frage, ob eine „Krim-Krise“ in Kasachstan denkbar wäre, zumal sich in der Grenzgegend zu Russland die russische Minderheit konzentriert. Hierzu äußerten sich 38 Prozent der Befragten, dass sie ein ähnliches Krim-Szenario auch zukünftig in anderen GUS Ländern theoretisch für möglich hielten, so also auch in

Kasachstan. Gleichzeitig wurde jedoch bestätigt, dass unter den derzeitigen Herrschaftsverhältnissen (Putin-Nasarbajew) so ein Szenario in absehbarer Zeit nicht realistisch erscheine.

Parallel zur o.g. Telefonumfrage fand eine ähnliche Umfrage online statt. Hier unterschieden sich die Umfrageergebnisse zu denen der Telefonumfrage teils erheblich. Laut Online-Umfrage äußerten sich 45 Prozent kritisch zur Krim-Annexion. Da bei dieser Online-Umfrage jedoch nur ca. 1.500 Personen befragt wurden, reflektieren sie nur einen sehr geringen Anteil der Bevölkerung und ist mit der o.g. Telefonumfrage nur eingeschränkt zu vergleichen.

Generell lässt sich festhalten, dass die Meinungen von der Art der Informationsbeschaffung abhängen. Diejenigen, die sich vor allem über die klassischen Printmedien bzw. über Fernsehen und Radio informieren, tendieren eher dazu, den diesen Bereich bestimmenden russischen Medien zu glauben, im Gegensatz zu denjenigen, welche sich aktiv im Internet über soziale Medien u.ä. zu dieser Problematik informieren und austauschen.

Die Annexion der Krim sowie die weiteren Ereignisse im Verlauf des russisch-ukrainischen Konflikts führten zu einer Spaltung im Meinungsbild der kasachischen Bevölkerung. Die Positionierung zur Krim-Frage verwandelte sich in einen Lackmustest für Freundschaften und sogar persönliche Beziehungen. Dabei korreliert das Meinungsbild nicht mit der ethnischen Abstammung. So fallen die Meinungen insbesondere in der größten russischen Minderheit des Landes (21 Prozent der Gesamtbevölkerung Kasachstans) ebenfalls sehr unterschiedlich aus, d. h. es ließen sich wider Erwarten keine Vorhersagen über das Aussageverhalten der einzelnen ethnischen Gruppen treffen.

Die sonst sehr guten Beziehungen Kasachstans zur Ukraine verschlechterten sich anfänglich durch die Krim-Krise, normalisierten sich aber wieder im weiteren Verlauf, da sich auch die anfänglich zurückhaltende Position gegenüber Russland zu einer zunehmend kritischen Position entwickelt hat. Die Abstimmung der UN-Vollversammlung zur Verurteilung der Krim-Annexion vom 27. März 2014 ergab, dass von allen Mitgliedstaaten 100 dafür, elf dagegen stimmten und 58 sich der Stimme enthalten hatten. Zu den Enthaltungen zählte auch Kasachstan.

Bei dem Treffen in Minsk zeigte sich Präsident Nasarbajew als Vermittler in der Krise. Es gelang ihm, sowohl Unterstützung für die Moskauer Außenpolitik zum Ausdruck zu bringen als auch zu betonen, dass im Falle der Vertragsunterzeichnung der Ukraine mit der EU die guten Handelsbeziehungen mit der Ukraine beibehalten und diese trotz Mitgliedschaft in der Zollunion nicht in Frage gestellt werden sollen.

Dabei wäre aus Sicht kasachischer Politikexperten eine klare Kritik durchaus möglich, da Kasachstan die Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien damals nicht anerkannte und infolgedessen das Krim-Referendum ebenfalls nicht hätte gutheißen müssen. Das hier von Seiten Nasarbajevs aufgebrachte „Verständnis“ für die russische Position wäre Fehl am Platz gewesen und hätte den Grundgedanken der multi-vektoralen Außenpolitik insgesamt in Frage gestellt.

LETTLAND

Andis Kudors

In einer Studie über Russlands Medienpolitik in der Ukraine-Krise¹, die vom Exzellenz-Zentrum für strategische Kommunikation der NATO in Auftrag gegeben wurde, kommt das Centre for East European Policy Studies (CEEPS) zu dem Schluss, dass die Ereignisse auf der Krim ohne die langjährige Präsenz russischer Medien in der Ukraine und die auswärtige Minderheitenpolitik Russlands unmöglich gewesen wären. Beide Faktoren, russische Medien und Minderheitenorganisationen, sind auch in Lettland präsent. Auf die Annexion der Krim und dem mit ihr einhergehenden Propagandafeldzug reagierte man daher in Lettland sensibler als in Westeuropa.

Als in der Öffentlichkeit Sorgen über mögliche Spannungen zwischen Letten und Russen und ein Aufheizen der Stimmung von Seiten Russlands in der lettischen Grenzregion Lettgallen laut wurden, initiierte die lettische Regierung eine groß angelegte Meinungsumfrage unter dem

1 | Kudors A., Kaprāns M., Cepurītis M., *Russia's Information Campaign against Ukraine: from Vilnius Summit to Crimean Referendum*, abrufbar unter: http://appc.lv/wp-content/uploads/2014/06/Krievijas_Info_Kamp.compressed.pdf.

Titel „Identitätsempfinden“ mit dem Ziel, die Standpunkte der ethnischen Minderheiten zu einer Reihe von heiklen Fragen, darunter auch die Einstellung zur Aggression Russlands gegenüber der Ukraine, zu untersuchen. Die Ergebnisse der Umfrage, die vom Meinungsforschungsinstitut SKDS im Mai und Juni 2014 durchgeführt wurde, zeigen, dass die Mehrheit der in Lettland lebenden Zugehörigen der Minderheiten bezüglich des ukrainisch-russischen Konflikts neutral eingestellt ist. 41 Prozent der Befragten neigen weder der Ukraine noch Russland zu. Auf die Frage, wie die Entscheidung des Russischen Föderationsrates vom 1. März 2014, die den Einsatz russischer Truppen auf dem Staatsgebiet der Ukraine erlaubte, zu beurteilen sei, erklärte eine Mehrheit von 45 Prozent, dies sei negativ zu beurteilen. 29 Prozent der befragten Zugehörigen der Minderheiten erklärten, sie unterstützten diese Entscheidung.² Es darf jedoch nicht ignoriert werden, dass 29 Prozent – ungefähr ein Drittel der in Lettland lebenden Zugehörigen ethnischer Minderheiten (darunter hauptsächlich Russen, Weißrussen und Ukrainer) – die Aktivitäten Russlands in der Ukraine unterstützt.

Dabei sollte man sich darüber im Klaren sein, dass die Medienlandschaft in Lettland gespalten ist. Auf der einen Seite stehen russische Fernsehsender und lokale russischsprachige Medien in Lettland, wogegen die andere Seite von lettischen Medien in lettischer Sprache und westlichen, englischsprachigen Medien repräsentiert wird. Im aktuellen Konflikt erreicht dieselbe Propaganda, die an die Bevölkerung Russlands und der Ukraine gerichtet ist, das lettische Publikum durch russische Fernsehsender, die eine Interpretation der Ereignisse durch die Brille der russischen Regierung propagieren.

Die Berichterstattung über die Annexion der Krim in den lettischen Medien ist relativ homogen, mit Unterschieden in Nuancen und der Tonlage. Die Fernsehsender TV 3, LNT und LTV 1 nannten die Annexion der Krim illegal und eine Verletzung des Völkerrechts. Großes Echo bei den Zuschauern fand die Geschichte über die sogenannten „grünen Männchen“, als Selbstverteidigungskräfte getarnte russische Soldaten, die im Vorfeld der Annexion zum Einsatz kamen. Eine ähnliche Position

2 | Von den 800 Befragten waren 68,9 Prozent Russen, 11,4 Prozent Weißrussen, 7,2 Prozent Ukrainer, 5,8 Prozent Polen, und 6,6 Prozent Zugehörige anderer Minderheiten. Siehe hierzu: <http://www.delfi.lv/news/national/politics/mazakumtautibu-iedzivotaji-nav-ne-ukrainas-ne-krievijas-puse-licina-aptauja.d?id=44893318#ixzz3BzmZYiMO>.

bezogen auch die lettischen Printmedien *Diena*, *NRA* und *Latvijas Avīze*. Die auf Russisch erscheinende Zeitung *Vesti* dagegen war kritischer gegenüber dem Westen eingestellt, der sich in die internen Angelegenheiten der Ukraine eingemischt und die Ereignisse im Zuge des Euro-maidans in Kiew initiiert habe. Lettische Medien stellen die EU oft als zu langsamen und unentschlossenen Akteur in der Außenpolitik dar, der die Ukraine nicht rechtzeitig unterstützt habe, als sie in Probleme geraten war. Die russischsprachigen lettischen Medien wiesen auf die unterschiedlichen Positionen der EU-Mitgliedsstaaten und die eigennützigen Interessen der USA in der Ukraine hin.

An der Diskussion über die Annexion der Krim hat sich eine große Anzahl von Personen beteiligt und ihre Meinung geäußert: Politiker, Personen aus dem öffentlichen Leben und Experten. Politiker der Koalitionsregierung aus *Nationaler Allianz* (NA) und *Einigkeit* haben sowohl in Interviews, als auch in sozialen Medien die russische Aggression strikt verurteilt. So wies beispielsweise Vineta Porīņa, Parlamentsabgeordnete der NA und Leiterin der lettischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, in ihrem an die OSZE-Institutionen adressierten Brief vom Juli 2014 auf viele Ähnlichkeiten zwischen der Aggression Russlands gegenüber der Ukraine und dem Vorgehen des stalinistischen Regimes in den baltischen Staaten 1940 hin. Das vom Rigaer Bürgermeister Nils Ušakovs angeführte *Harmoniezentrum* dagegen bezog eine andere Position gegenüber der russischen Politik in der Ukraine. Nils Ušakovs erklärte, die Sanktionen der westlichen Länder gegen Russland seien eine „verrückte Idee“, und er werde nach Moskau reisen, um sich dort für die Aufhebung des Verkaufsverbots lettischer Landwirtschaftserzeugnisse in Russland einzusetzen.

Die offizielle Position Lettlands, die vom Staatspräsidenten, der Ministerpräsidentin, der Parlamentspräsidentin und dem Außenminister vertreten wird, verurteilt die russische Aggression. Dabei wird im offiziellen Diskurs hauptsächlich auf die Verletzung des Völkerrechts von Seiten Russlands rekurriert. Wenn auch die Äußerungen des lettischen Staatspräsidenten traditionell eher moderat ausfallen, hat sich Außenminister Edgars Rinkevičs doch direkter geäußert und eine umfangreichere Präsenz der NATO in den baltischen Staaten gefordert. Die Ministerpräsidentin Lettlands, Laimdota Straujuma, hat im Kontext der russischen Aggression die Notwendigkeit der Einigkeit der lettischen Gesellschaft betont. Der Mangel an Einigkeit innerhalb der Gesellschaft und

mangelndes Wissen der lettischen Staatsbürger, die im Grenzgebiet zu Russland leben, über die sozio-politischen Prozesse im eigenen Land sind Themen, die dieses Jahr wieder aktueller geworden sind.

LITAUEN

Dr. Laurynas Kasčiūnas

(Übersetzung aus dem Litauischen: Jolanta Ježauskaitė)

Litauens Einstellung gegenüber Russland war im letzten Jahrzehnt überwiegend ideologisch geprägt. Konservative Kreise in Litauen verfolgten dabei einen Kurs, russische Hegemonialbestrebungen aufzuhalten, während eher linksorientierte Parteien auf Kooperation setzten. Die Annexion der Krim und die Destabilisierung der Donbass-Region führte zu einem Bruch der Einstellungen gegenüber Russland in der litauischen Gesellschaft. Dass es im 21. Jahrhundert immer noch möglich ist, mit militärischen Mitteln Staatsgrenzen neu zu ziehen, wirkt wie eine Reminiszenz an sowjetische Zeiten, als Beweis dafür, dass der Kalte Krieg noch nicht zu Ende ist. Durch die Geschehnisse in der Ukraine entstand in der litauischen Gesellschaft Einigkeit darüber, dass die Okkupation der Krim ein Hybridkrieg Russlands gegen die Ukraine sei. Nur ein kleiner Teil der Gesellschaft glaubt, dass in der Ukraine ein Bürgerkrieg stattfindet und dass der pro-russische Separatismus auf innenpolitische Gründe zurückzuführen ist: Auf Bestrebungen politischer Kreise in der Ukraine, die ostukrainische Bevölkerung zu assimilieren.

Die offizielle Position Litauens ist eindeutig: Litauen verurteilt den Militäreinsatz Russlands im Hoheitsgebiet der Ukraine als souveräner Staat streng. Mit dem Einsatz werde gegen das Völkerrecht und eine ganze Reihe internationaler Vereinbarungen verstoßen. Ebenso sei das sogenannte Krim-Referendum rechtswidrig, da es im Widerspruch zur Verfassung der Ukraine, zur Charta der Vereinten Nationen und zum Völkerrecht stehe. Litauen gehört zu den EU-Staaten, die den Standpunkt vertreten, dass die NATO und die EU der Ukraine Militärhilfe gewähren müssen und dass der Versuch Russlands, die offizielle Kiewer Regierung mit pro-russischen Separatisten an den Verhandlungstisch zu bringen, den Interessen Russlands diene, die Ukraine in einen föderalen Staat zu verwandeln (nach den Vorstellungen des Kreml), Russisch als zweite

Amtssprache in der Ukraine einzuführen und so weiter. In der litauischen Öffentlichkeit herrscht die Meinung vor, dass Russland ein revisionistischer Staat sei, und wenn es dem Westen nicht gelinge, eine klare „rote Linie“ in der Ukraine zu ziehen, könnte Russland ähnliche Interventionen in Zukunft wiederholen, sogar im NATO- und EU-Raum.

In Litauen sind aber auch Stimmen zu hören, die die Krim-Annexion zu rechtfertigen versuchen. Das ist ein Teil des russischen Informations- und Propagandakrieges, der hier mit dem Militäreinsatz einhergeht. Über verschiedene Medien, vor allem über die russischen TV-Sender *Pervyj baltijskij*, *NTV Mir Lithuania* und *RTR Planeta* und die russischsprachigen Zeitungen *Litovskij kurjer*, *Obzor* und *Express nedelia*, wird massiv versucht, Einfluss zu nehmen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, dass ein Teil der litauischen Bevölkerung (vor allem der russisch- und polnischsprachige Teil) die litauischen oder EU-Medieninformationen nicht wahrnimmt, sondern die russischen, in denen ganz andere Interpretationen der Ereignisse in der Ukraine vorherrschen.

Nach Angaben der im Mai 2014 durch das Marktforschungsunternehmen „Spinter tyrimai“ durchgeführten Umfrage trauen 39 Prozent der litauischen Bevölkerung diesen über russische Sender ausgestrahlten Informationen nicht, 18,6 Prozent sagen, dass sie denselben weder ver- noch misstrauen, 36,1 Prozent machten keine Angaben und 6,3 Prozent vertrauen den Informationen. Um die Verbreitung von Desinformation und Volksverhetzung zu unterbinden, wurden in Litauen die rechtlichen Rahmenbedingungen geändert.

Auf der politischen Bühne Litauens ist die Rolle der Partei „Wahlaktion der Polen Litauens“ (LLRA) und ihres Vorsitzenden Valdemar Tomaševski besonders zu beachten. Der Vorsitzende der LLRA hat im Laufe der Wahlkämpfe seine politische Rhetorik der russischen Argumentation angenähert. Allerdings zögerte Tomaševski, die Aggression Russlands in der Ukraine zu verurteilen, und behauptet, dass Europa selbst die Situation in der Ukraine maßgeblich zu verantworten habe und Litauen eine moderatere Position Russland gegenüber einnehmen solle.

Obwohl einzelne Stimmen aus der Wirtschaft nach der Krim-Annexion hörbar wurden, sich nicht in die Interessen Russlands einzumischen, wurde aus den Wirtschaftsverbänden keine einheitliche Position gegenüber der litauischen Regierung vertreten. Die gemeinsam beschlossenen

Sanktionen der EU reduzierten den Handlungsspielraum dieser Interessenvertreter.

Politische Beobachter kommentierten in litauischen Medien, dass das Vorgehen Russlands der Ukraine die Chance genommen hat, mittelfristig einem Aktionsplan für eine NATO-Mitgliedschaft beizutreten. Territoriale Integrität ist die Voraussetzung für eine NATO-Mitgliedschaft. Andererseits könnte die Ukraine in den Aktionsplan auch nach dem Zypern-Szenario aufgenommen werden, doch die größten europäischen Staaten wie Frankreich und Deutschland vertreten hier eine gegenteilige Meinung. Es wurde geäußert, dass der Unwille der großen westeuropäischen Staaten, Russland zu verärgern, dazu geführt habe, dass Russland ein informelles Veto-Recht auf die Osterweiterung des Bündnisses eingeräumt wurde.

Andererseits sind unter litauischen Politikern und politischen Kommentatoren positive Stimmen zu hören, dass die militärische Aggression Russlands zu positiven Entwicklungen der NATO-Verteidigungspolitik beigetragen und zur Stärkung der kollektiven Verteidigung sowie zur Erhöhung der politischen und militärischen Sichtbarkeit geführt habe – und gerade das strebt Litauen an. Durch diese Maßnahmen sieht Litauen eine vollwertige NATO-Mitgliedschaft gewährleistet.

Letztendlich sind ein erhöhter Patriotismus in der litauischen Bevölkerung und die Bereitschaft, einen Beitrag zur Verteidigung des Landes zu leisten, zu beobachten. Nach Angaben der im März 2014 durch das Marktforschungsunternehmen „Spinter tyrimai“ durchgeführten Umfrage würden 41,6 Prozent der Befragten Litauen mit der Waffe verteidigen. Nach Angaben aus dem Jahr 2010 wären dagegen damals nur 6,5 Prozent der Befragten dazu bereit gewesen. Die Mehrheit (35,9 Prozent) sagten damals, dass sie ihr Land auf keinen Fall verteidigen würden.

MOLDAU

Sven-Joachim Irmer

In der Republik Moldau ist ein sehr differenziertes Meinungsspektrum bezüglich der Krim-Annexion festzustellen, das sowohl die multiethnische Struktur der Bevölkerung, als auch die geopolitischen Präferenzen der politischen Eliten widerspiegelt.

Im Rahmen der halbjährlich vom Institut für Öffentliche Politik durchgeführten Umfrage zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage (*Barometrul de opinie publică*) wurden im April 2014 die Bürger durch vier Fragen explizit zur Stellungnahme zu den Ereignissen auf der Krim aufgefordert. Dabei wurde u. a. festgestellt:

- 26 Prozent der Befragten hielten die russische Militärintervention auf der Krim für „berechtigt“, 39 Prozent für „unberechtigt“, während 15 Prozent angaben, dass es keine Intervention gegeben habe. Die größte Unterstützung der Annexion war bei den nationalen Minderheiten zu verzeichnen: Russen: 33 Prozent, Ukrainer: 35 Prozent, andere (vor allem wohl Gagausen und Bulgaren): 46 Prozent. Zum Vergleich: Nur 23 Prozent der Moldauer sahen das russische Vorgehen als berechtigt an. Die höchste Ablehnungsrate war mit 44 Prozent bei der Mehrheitsbevölkerung zu verzeichnen. Bei den Ukrainern lag sie bei 21 Prozent. 37 Prozent der Russen behaupteten, es habe keine Intervention gegeben. Diese Ansicht teilten 28 Prozent der Ukrainer, 28 Prozent der Gagausen und Bulgaren, aber nur 11 Prozent der Moldauer.
- Die Frage, ob die Angliederung der Krim an Russland den freien Willen der Bevölkerung der Region dargestellt habe, bejahten 50 Prozent, wobei erneut große Disparitäten zwischen den Bevölkerungsgruppen deutlich sind: mit „Ja“ antworteten 97 (!) Prozent der Gagausen und Bulgaren, 74 Prozent jeweils der Russen und Ukrainer, aber nur 42 Prozent der Moldauer.

- Die Frage der persönlichen Zustimmung für die Angliederung der Krim an die Russische Föderation wurde ähnlich beantwortet: Befürwortung: 31 Prozent der Moldauer, 70 Prozent der Russen, 72 Prozent der Ukrainer und 87 Prozent der Gagausen und Bulgaren. Ablehnung: 51 Prozent der Moldauer, 19 Prozent der Russen, 17 Prozent der Ukrainer und fünf Prozent der Gagausen und Bulgaren.

Die vorliegenden Umfrageergebnisse gehen einher mit den allgemeinen geopolitischen Präferenzen, die bei den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen festgestellt wurden. So gaben im Rahmen derselben Umfrage 64 Prozent der Russen, 78 Prozent der Ukrainer und 84 Prozent der Gagausen und Bulgaren an, dass sie bei einem Referendum über den Beitritt der Republik Moldau zur von Russland dominierten Zollunion mit „Ja“ stimmen würden, während bei den Moldauern nur eine Minderheit von 39 Prozent diesen Schritt unterstützen würde.

Die auf den ersten Blick überraschend anmutende Einstellung der Ukrainer zur russischen Krim-Politik ist vor allem dadurch zu erklären, dass es sich hierbei um eine stark russifizierte Gemeinschaft handelt, die weitgehend ihre ursprüngliche ethnische Identität aufgegeben hat. Bei den Gagausen ist die hohe Zustimmungsrates auch darauf zurückzuführen, dass die vor allem im autonomen Gebiet Gagausien im Süden des Landes lebende Bevölkerungsgruppe für mehr Selbstständigkeit und für eine Annäherung an Russland plädiert. Im Februar 2014 fand in Gagausien ein nach moldauischem Recht illegales Referendum statt, bei dem 98 Prozent der Wähler für einen Beitritt der Republik Moldau zur Eurasischen Union stimmten.

Die gemeinsam regierenden pro-europäischen Parteien – PLDM, PDM, PLR – sowie die im Parlament vertretene ebenfalls pro-europäische PL kritisierten das russische Vorgehen auf der Krim. Hingegen äußerte die oppositionelle Partei der Kommunisten (PCRM) Verständnis für die „Rückkehr der Krim“ nach Russland, während die Partei der Sozialisten (PSRM) die Schuld für die Ereignisse auf der Krim bei der Kiewer Zentralregierung verortete.

In den Medien wurde das Thema ebenfalls diskutiert, wobei die einheimischen Fernsehsender ein mehrheitlich kritisches Bild der Annexion der Krim vermittelten, z. T. flankiert von politischen Debatten, in denen Vertreter von Parteien wie Zivilgesellschaft ihre Positionen darlegen

konnten. Dabei erreichten die rumänischsprachigen einheimischen Fernsehsender die Mehrheitsbevölkerung in höherem Maße als die größtenteils russischsprachigen nationalen Minderheiten, die vor allem das russische Fernsehen als Informationsquelle nutzen, wodurch sich u. a. auch die relativ hohe Zustimmung der ukrainischen Minderheit zur Krim-Annexion erklären lässt. Dies belegt u. a. eine ebenfalls im Rahmen des o.a. Barometers gestellte Frage zum Vertrauen in die Medien. Nur 48 Prozent der Moldauer gaben an, russischen Medien zu vertrauen – hingegen vertrauen 78 Prozent der Russen, 63 Prozent der Ukrainer und 76 Prozent der Gagausen und Bulgaren den russischen Medien. Vertrauen in einheimische Medien haben derweil 65 Prozent der Moldauer, 62 Prozent der Russen, 58 Prozent der Ukrainer und 55 Prozent der Gagausen und Bulgaren.

Die o.a. unterschiedlichen Deutungsmuster zur Annexion der Krim sind vor einem doppelten Hintergrund zu betrachten:

Erstens ist die Republik Moldau seit 1992 Schauplatz einer eigenen „eingefrorenen“ Szenerie, als sich der als Transnistrien bekannte östliche Landesteil im Zuge militärischer Auseinandersetzungen mit der Zentralregierung in Chişinău von der Republik Moldau abtrennte. Seitdem fungiert das mehrheitlich russischsprachige Gebiet vor allem mit politischer und wirtschaftlicher Unterstützung Russlands de facto als eigenständiger „Staat“, der eine Annäherung bzw. Angliederung an die Russische Föderation anstrebt. Zudem befindet sich im Süden der Republik Moldau die mehrheitlich vom christlichen Turkvolk der (ebenfalls russischsprachigen) Gagausen bewohnte Autonome Territorialeinheit Gagausien, die zwar in den moldauischen Staat integriert ist, jedoch den pro-europäischen Kurs in Chişinău explizit ablehnt. Dies wurde u. a. Anfang Februar 2014 deutlich, als in Gagausien ein nach moldauischem Recht illegales Referendum stattfand, bei dem die Bevölkerung zur Abstimmung aufgerufen wurde, ob sich im Falle eines Endes der Eigenstaatlichkeit der Republik Moldau (hiermit ist implizit eine mögliche Wiedervereinigung mit Rumänien gemeint) die Region Gagausien unabhängig erklären sollte. Zum anderen wurde bei diesem Referendum nach der Präferenz hinsichtlich einer Integration der Republik Moldau in die EU oder in die Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan gefragt.

Das Ergebnis des Referendums ist ernüchternd: Die erste Frage nach der Unabhängigkeit Gagausiens bejahten 98,9 Prozent der Wähler, und 98,4 Prozent brachten ihre Bevorzugung einer eurasischen Integration unter russischer Führung zum Ausdruck. In der öffentlichen Diskussion in beiden Regionen wird oft auf die Zugehörigkeit zum russischen Sprach- und Kulturraum hingewiesen. Zudem wird insbesondere in den vergangenen Jahren verstärkt auch auf den gemeinsamen christlich-orthodoxen Glauben und den damit verbundenen Wertekanon hingewiesen, der gegenüber dem westlichen als moralisch überlegen dargestellt wird.

Zweitens schwelt in der Republik Moldau eine gesellschaftliche Spannung bezüglich der nationalen Identität des Landes und sogar der *Raison d'être* des moldauischen Staates. Diese Spannung speist sich aus unterschiedlichen Deutungsmustern der sprachlichen und kulturellen Bindungen an Rumänien sowie aus unterschiedlichen, teils gegensätzlichen Geschichtsbildern bezogen auf die Zwischenkriegs- (als das Gebiet der Republik Moldau mit Ausnahme von Transnistrien zu Rumänien gehörte) wie auch auf die Sowjetzeit. Dies wiederum beeinflusst deren geopolitische Sichtweise. Anhänger des sog. Moldowanismus blicken nostalgisch auf die Sowjetzeit und kritisch auf die Zwischenkriegszeit und vertreten die These, dass die Moldauer ein eigenes Volk mit eigener Sprache darstellen, während vor allem die Kultur- und Bildungseliten die Ansicht vertreten, dass die Moldauer zur rumänischen Nation gehören und Rumänisch sprechen. Bei Letzteren handelt es sich teilweise um sog. „Unionisten“, die eine Wiedervereinigung mit Rumänien anstreben. Zwischen diesen Extremen gibt es ein breites Spektrum an Nuancen, die sich auch im politischen Leben widerspiegeln. Vor allem die PL kann als panrumänische Partei betrachtet werden, zumal sich deren Vorsitzender Mihai Ghimpu als Rumäne identifiziert.

Die PLDM (der u. a. Ministerpräsident Iurie Leancă angehört) unterstreicht das Recht auf Selbstidentifizierung als Moldauer oder Rumäne, aber auch die Unbestreitbarkeit der Tatsache, dass in der Republik Moldau Rumänisch gesprochen wird. Die Anhänger des Moldowanismus sind politisch vor allem bei der PCRM und bei der PSRM beheimatet. Beide Parteien (vor allem die PSRM) setzen sich – im Gegensatz zur Regierungskoalition – für einen Beitritt der Republik Moldau zur von Russland dominierten Zollunion ein. Dabei wird ebenfalls auf die historische Nähe zu Russland und auf den gemeinsamen orthodoxen Glauben als Wertekompass im Diskurs vor allem der PSRM hingewiesen.

Die Zuspitzung der Spannungen zwischen der pro-europäischen Zentralregierung und der Region Gagausien sowie die Eskalation des öffentlichen Diskurses gegen die EU erfolgten im Kontext der Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Republik Moldau, die aufgrund der Ereignisse in der Ukraine früher als geplant am 27. Juni 2014 stattfand. Eine im Mai 2014 durchgeführte Umfrage ergab, dass im Falle eines Referendums zum Beitritt der Republik Moldau zur EU lediglich 41 Prozent der Befragten mit „Ja“ stimmen, während 54 Prozent für die Aufnahme in die Zollunion votieren würden.

Kurz nach der Krim-Annexion äußerte Ministerpräsident Leancă die Befürchtung, dass die Ereignisse auf der Krim „ungewollte und unerwünschte Entwicklungen im südlichen Teil“ des Landes (hiermit war offensichtlich Gagausien gemeint) hervorrufen könnten. In der Tat unterstützten die politischen Eliten in Gagausien die Krim-Annexion; in der gagausischen Stadt Comrat fand sogar kurz vor dem Referendum auf der Krim eine öffentliche Kundgebung zur Unterstützung des Vorhabens statt. Nach der Volksabstimmung war eine vom Gouverneur von Gagausien, Mihail Formuzal, angeführte Delegation zu Besuch in Moskau, wo u. a. gagausischen Weinbauern eine Befreiung vom bestehenden russischen Embargo gegen Wein aus der Republik Moldau in Aussicht gestellt wurde. Im gagausischen Parlament wurde zudem ein Gesetzesentwurf zur Gründung einer eigenen Landwehr verabschiedet, darüber hinaus ordnete Formuzal im Juni 2014 die Gründung von (unbewaffneten) „Volksgarden“ als Unterstützung für die Polizei in jeder Ortschaft der Region an.

In Transnistrien forderte das „Parlament“ im April 2014 einstimmig die Angliederung an die Russische Föderation. Zudem startete eine groß angelegte, u. a. vom Verband russischer Gemeinschaften in Transnistrien unterstützte Aktion zur Sammlung von Unterschriften für den Anschluss an die Russische Föderation. Etwa 185.000 Unterschriften wurden gesammelt (bei einer Gesamtbevölkerung in Transnistrien von ca. 505.000) und dem Vizepremierminister der Russischen Föderation anlässlich dessen Besuches in der Region am 9. Mai überbracht.

Wie sich die Konflikte in Gagausien und Transnistrien nach den für die künftige außenpolitische Orientierung der Moldau entscheidenden Parlamentswahlen Ende November 2014 weiter entwickeln werden, ist derzeit nicht abzusehen. Zumindest bis dahin wird es wohl zu keiner Verschärfung kommen, aus folgenden Gründen:

- In Gagausien ist das Vorgehen der lokalen Machthaber auch im inner-regionalen Kontext zu sehen, denn im Dezember 2014 wird ein neuer Gouverneur gewählt. Forderungen nach Eigenständigkeit waren im Vorfeld von Wahlen in der Region auch in der Vergangenheit zu verzeichnen.
- Moskau hat nie signalisiert, Transnistrien anerkennen oder angliedern zu wollen, sondern unterstützt offiziell die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Chişinău und Tiraspol. Moskau setzt vielmehr auf eine Föderalisierung der Republik Moldau, zumal hiermit eine weitere Annäherung an die EU verhindert werden könnte.
- Im Gegensatz zur Krim haben weder Gagausien noch Transnistrien eine historisch symbolische Bedeutung für Russland.

Auch die oben zitierte Umfrage ergab, dass nur 35 Prozent der moldauischen Bevölkerung eine Wiederholung des Krim-Szenarios in Transnistrien befürchten, während 40 Prozent die gegenteilige Ansicht vertreten. Insbesondere die nationalen Minderheiten sind einer Wiederholung gegenüber skeptisch (Russen: 52 Prozent, Ukrainer: 43 Prozent, Bulgaren und Gagausier: 53 Prozent).

ZENTRALASIEN

Dr. Thomas Kunze

Die zentralasiatischen Staaten zeigten in ihren offiziellen Verlautbarungen unterschiedliche Reaktionen auf das russische Verhalten in der Ukraine. Die ressourcenarmen Länder Tadschikistan und Kirgisistan sind auf russische Gas- und Ölimporte angewiesen. Zudem unterhält Russland dort Militärstützpunkte und gilt angesichts terroristischer und islamistischer Gefahren als Stabilitätsfaktor. Trotz allen Unbehagens bezüglich

eines weiter steigenden russischen Einflusses, enthielt man sich daher in Duschanbe und Bischkek entweder einer Kommentierung oder drückte seine indirekte Unterstützung für Russland aus. Am deutlichsten hat sich Kasachstan hinter Russland gestellt, welches zwar aufgrund seines Öl- und Gasreichtums unabhängig von russischen Energieimporten ist, aber enge Handelsbeziehungen zu Russland pflegt. Anders fielen die Reaktionen in Usbekistan und Turkmenistan aus. Zwar existieren auch zwischen Usbekistan und Russland militärische Kooperationen, doch beäugt der usbekische Präsident Karimow die russische Militärpräsenz in seinen Nachbarstaaten kritisch. Der Anschluss der Krim an Russland hat seitens Usbekistans Ablehnung erfahren. Am 24. März 2014 ließ das Außenministerium verlautbaren, dass Maßnahmen, die die territoriale Integrität eines Staates gefährden, nicht akzeptabel seien. Turkmenistan bezog offiziell keine Stellung zur Ukraine-Krise. Die dortigen Ereignisse scheinen der Regierung jedoch kaum willkommen zu sein, da sie im staatlich kontrollierten Fernsehen keinerlei Erwähnung fanden. Bei der UN-Vollversammlung beteiligte Turkmenistan sich nicht an der Stimmabgabe zur Verurteilung der Krim-Annexion.

Da die Grenzen zwischen den zentralasiatischen Republiken nach wie vor zwischenstaatlichen Streitigkeiten unterliegen, hat die Ukraine-Krise generell Befürchtungen bezüglich der Integrität und Souveränität hervorgerufen. Die Grenzen der zentralasiatischen Länder sind Gegenstand andauernder Kontroversen. Nach der Oktoberrevolution von 1917 wurden von der „Sowjetmacht“ unter Lenin und Stalin neue territoriale Verwaltungseinheiten festgelegt, die nicht immer ethnischen Gesichtspunkten entsprachen. Die Verwaltungsgrenzen der Sowjetrepubliken erhielten mit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten 1991 den Status von internationalen Staatsgrenzen. Lange Streckenabschnitte sind nach wie vor nicht eindeutig determiniert. In den jeweiligen zentralasiatischen Republiken leben starke ethnische Minderheiten. Im Länderdreieck Fergana-Tal (Usbekistan/Kirgistan/Tadschikistan) gibt es zudem mehrere Exklaven und verminte Grenzen.

Zwar erkannten die heutigen zentralasiatischen Staaten nach dem Zerfall der UdSSR ihre Grenzen untereinander an, doch stellten Nationalisten Gebietsforderungen mit dem Verweis auf aktuelle ethnische Mehrheitsverhältnisse. Die Regierungen setzten ihrerseits auf einen neuen Nationalismus, indem sie staatszentrierte Identitäten schufen, die es vorher in dieser Form nicht gegeben hat. Sie führten strenge Grenz- und teil-

weise Visaregimes ein. Die Liste ethnischer Auseinandersetzung und Vertreibungen in Zentralasien ist lang und reicht bis Ende der 1980er Jahre zurück. In den 1990er Jahren forderte ein Bürgerkrieg in Tadschikistan 50.000 Tote. Die Grenzsicherungsmaßnahmen, die Usbekistan seit 1999 vornahm, führten immer wieder zu Anspannungen an den Grenzen zu seinen Nachbarländern. So ist das Verhältnis zwischen Usbekistan und Tadschikistan in den letzten Jahren von anhaltenden Streitigkeiten geprägt. Beide erheben historisch motivierte gegenseitige Ansprüche, und auf beiden Seiten der Grenze leben große Gruppen der anderen Nationalität. Im Jahr 2010 kam es ferner zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Kirgisen und der Minderheit der Usbeken im Süden von Kirgisistan, bei denen hunderte Menschen ums Leben kamen. Auch die Grenze zwischen Kirgisistan und Tadschikistan ist Gegenstand eines ständigen Disputes. Zuletzt ereigneten sich im Januar 2014 Gefechte zwischen kirgisischen und tadschikischen Sicherheitskräften.

In der Bevölkerung der zentralasiatischen Staaten machte sich infolge der Ukraine-Krise zunehmend Anti-Amerikanismus breit, der teilweise im Gegensatz zu den offiziellen Verlautbarungen der Regierungen steht. Auch bedingt durch die Informationspolitik der in Zentralasien zu empfangenden russischen Fernsehkanäle sah man die Kiewer Politik gegenüber der Bevölkerung in der Ostukraine sowie die westliche Politik gegenüber Russland kritisch. Diese Ansichten brechen sich in den autoritär geführten Ländern Zentralasiens, in denen kaum ein öffentlicher Diskurs zum genannten Thema stattfindet, vor allem in privaten Gesprächskreisen und in sozialen Netzwerken wie „vkontakte“ Bahn.

2. TEIL: ERWEITERTE NACHBARSCHAFT RUSSLANDS

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Dr. Karsten Dümmel

Die Bilder von bewaffneten Kämpfern, die zu Beginn der Krim-Krise weltweit über die Medien Verbreitung fanden, erinnerten die Bürger von Bosnien und Herzegowina (BuH), völlig unabhängig von ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit, stark an den Beginn der jüngsten Kriegsgeschichte auf dem Balkan, durch die BuH im Zeitraum von 1992-1995 gegangen ist. Die öffentliche Meinung war daher von diesen Erinnerungen geprägt. Generell war der Wunsch zu vernehmen, dass die Krise friedlich beendet werden sollte.

Die Annexion der Krim als erste Folge des Konflikts wurde in den zwei politisch wie auch medial voneinander getrennten Entitäten von BuH unterschiedlich behandelt. Der erste Unterschied befand sich in der Verwendung von unterschiedlichen Worten und Begriffen. In der Entität der Föderation von BuH wurde der Begriff „Annexion“ und „gewaltsame Übernahme“ verwendet, während in der Entität der Republik Srpska (RS) der Begriff „Volksabstimmung über die Unabhängigkeit“ und Sätze wie „das Recht auf Selbstbestimmung“ verwendet wurden. Stellungnahmen in Bezug auf die

Annexion der Krim kamen von zwei Seiten. Auf der einen Seite waren sich politische Analytiker und Universitätsprofessoren einig darüber, dass ein direkter Vergleich zwischen der Ukraine und BuH abwegig sei. Auf der anderen Seite versuchten Politiker, die Ereignisse auf der Krim und besonders in der Ukraine für ihre Kampagnen im Vorfeld der Parlamentswahlen am 12. Oktober zu verwenden.

Politiker der Föderation von BuH beruhigten in diesem Zusammenhang und riefen bis etwa Ende August 2014 zur Besonnenheit auf. Sie betonten, dass es keine Parallelen zwischen BuH und der Ukraine gäbe, da die internationale Gemeinschaft die Pflicht habe, die Souveränität und die territoriale Integrität von ganz BuH zu schützen und zu bewahren. Politiker in der RS gaben demgegenüber uneinheitliche Stellungnahmen ab. Die Vertreter der Regierung der RS bemühten sich mit allen Kräften, die Annexion der Krim zu einem „demokratisch selbstbestimmten Akt“ zu deklarieren und die Annexion mit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo vom Februar 2008 zu vergleichen. Damit wurde das Thema zu einem Wahlkampfthema in der RS in Bezug auf eine mögliche Unabhängigkeit der RS von BuH. Die Opposition in der RS, die sich überwiegend aus serbischen Volksparteien zusammensetzt, stimmte nicht in diesen Kanon ein, sondern übernahm weitestgehend die Lesart der EU. In der heißen Phase des Wahlkampfes ab Ende September und Anfang Oktober 2014 wurde die Frage nach einem Referendum für die Unabhängigkeit der RS in allen Medien täglich neu formuliert. Während eines Besuches beim russischen Präsidenten Wladimir Putin, bei Besuchen in Belgrad oder aber gegenüber nationalen und internationalen Medien erklärte der Präsident der RS Milorad Dodik die Unabhängigkeit zum Langzeitziel seiner Politik. Dabei wurden die Krim und die Ost-Ukraine (und für kurze Zeit auch das Referendum in Schottland) für die RS als Modellfall bzw. als Vorbilder genommen. Demgegenüber verstärkte sich gleichzeitig der Ton aus der Föderation. In Wahlspots tönnten Politiker mit der Entgegnung „Mit uns – niemals ein Referendum“. In Interviews wurden Drohungen gegenüber der Regierung der RS ausgesprochen, dass ein Referendum verfassungswidrig sei und dass man sich mit einem solchen Referendum zurück zur Situation vom Januar 1992 begeben, also unmittelbar vor Kriegsbeginn in BuH.

Die relevanten Regierungsinstitutionen (die Präsidentschaft, das Außenministerium und die Parlamentarische Versammlung von BuH) haben bislang die Annexion der Krim mit größter Vorsicht und mit viel diploma-

tischem Geschick behandelt. Denn Stellungnahmen für nur eine Seite könnten zur Folge haben, dass es – wie in der Vergangenheit oder beim jüngsten Wahlkampfgetöse – abermals zu unerwünschten bzw. unnötigen politischen Konfrontationen zwischen den beiden Entitäten und ihren Parlamenten und damit zu einer weiteren Verlangsamung bei der Lösung von Schlüsselproblemen des Gesamtstaates BuH kommt. Daher darf die Gefahr, die von den Ereignissen auf der Krim ausgeht, im Falle ethnisch heterogener und staatlich ungefestigter Länder wie BuH nicht unterschätzt werden.

CHINA

Thomas Awe

Zur Ukraine-Krise und zu Russlands Intervention auf der Krim äußerte sich Peking lange gar nicht und später nur sehr vage. Die eigene Haltung wird als objektiv und fair bezeichnet. Regierungssprecher und Außenminister Wang Yi wiederholten, dass man auf eine diplomatische Lösung des Konflikts hoffe. Kritik an Russlands Vorgehen ist von offizieller Seite nicht zu hören, einige Kommentatoren gaben dem Westen die Schuld an dem Konflikt, da er die „bunte Revolution“ geschürt habe. Nachdem zunächst Unabhängigkeit, Souveränität und Integrität der Ukraine betont wurde, wurde später ergänzt, dass jedoch auch historische Gegebenheiten zu berücksichtigen seien.

Seit der Zuspitzung der Ukraine-Krise im März 2014 befindet sich die Volksrepublik China in einem Dilemma. Auf der einen Seite sind Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates sowie staatliche Souveränität und Integrität historisch-dogmatische Grundpfeiler der chinesischen Außenpolitik, die bei jeder Gelegenheit repetiert werden. Interventionen des Westens werden stets deutlich kritisiert. Auf der anderen Seite ist der Sturz eines autoritären Regimes durch das Volk ein Albtraum für China. Darüber hinaus profitiert die Volksrepublik von dem aus der Krise resultierenden Konflikt zwischen Russland und dem Westen enorm. Wirtschaftlich hat die Volksrepublik China bereits deutliche Gewinne aus der Ukraine-Krise und den daraus resultierenden Sanktionen des Westens gegen Russland geschlagen.

Nachdem China und Russland zehn Jahre über ein Energiegeschäft verhandelten, wurde der Vertrag über 400 Milliarden US-Dollar Mitte Mai während Präsident Putins Besuch in China unterzeichnet. Im Laufe seiner Visite lobte Putin die Beziehungen als so gut wie nie zuvor.

Das kritischste Signal der Volksrepublik China im Konflikt war die Enthaltung im UN-Sicherheitsrat sowie in der Vollversammlung zur Resolutionsabstimmung nach der Krim-Annexion, die mit der routinierten Unterstützung Russlands brach. Insgesamt herrscht in China eine stark pro-russische Stimmung. Im Internet sind jedoch auch kritischere Stimmen zu vernehmen. Insgesamt möchte Peking internationale Aufmerksamkeit von sich abwenden und im Hinblick auf die Krise in der Ukraine nicht mit Russland in direkten Zusammenhang gebracht werden.

Die Hoffnung einiger westlicher Beobachter, China werde sich von Russland abwenden, wurde enttäuscht. Die von den USA und der EU verhängten Sanktionen werden von China kritisiert. Das „westliche Einmischen in innere Angelegenheiten“ fasst Wang Haiyun, Senior Advisor des China Institute for International Strategic Studies (CIISS/ bedeutender staatlicher Thinktank), mit dem Schlagwort „Neo-Interventionismus“ zusammen. Shen Dingli, Professor für Internationale Beziehungen an der renommierten Fudan Universität in Shanghai, bewertet die Beziehungen zwischen Russland und China nüchtern und erinnert an alte Konflikte zwischen den sozialistischen Bruderstaaten und den Grenzkrieg von 1969. Bis heute herrsche ein großes Misstrauen zwischen den Nachbarstaaten. Das derzeitige Hoch der Beziehungen sei „eine Hochzeit aus Bequemlichkeit und keine aus Liebe“.

Während sich sowohl der chinesische Staat als auch chinesische zivilgesellschaftliche Organisationen zurückhaltend äußern und vorsichtig mit den Bällen zwischen Russland und der Ukraine jonglieren, zeigt die chinesische Bevölkerung eine klarere Linie. Öffentlichen Umfragen zufolge, die im März 2014 in der *Global Times* veröffentlicht wurde, sprechen sich 80 Prozent der Befragten für ein Eingreifen russischer Truppen in der Ukraine aus. 45 Prozent befürworten generell ein militärisches Vorgehen Russlands in der Krim-Krise, 35 Prozent sind gegen den Einsatz von Waffen, knapp 20 Prozent enthielten sich. Die Hälfte der Befragten setzen auf Russland als Gewinner der Konfrontation mit dem Westen, und nur knapp fünf Prozent glauben an die Wirksamkeit westlicher Sanktionen.

Zwar wird Putins entschlossenes Vorgehen als Stärke und mutiger Akt bewertet. Doch gibt es auch Kommentare, die daran erinnerten, dass die Sowjetunion die Mongolei 1945 zu einem Referendum ermutigt hatte, durch welches China damals mit weniger als 50.000 Stimmen 15 Prozent seiner Landesfläche verlor. Der Verlust der Mongolei ist ein historisches Beispiel. Doch gibt es auch aktuelle Brandherde, in denen Sezessions-szenarien zumindest theoretisch möglich scheinen und mit denen die chinesische Führung die Krim-Krise in keinem Fall in Verbindung gebracht sehen möchte. Tibet, Xinjiang und Taiwan schüren regelmäßig Pekings Ungunst vor Abspaltung. Die zentrale Propagandabehörde schickte daher bereits im März 2014 eine Weisung an alle Redaktionen des Landes, die Krim-Berichterstattung nicht mit innenpolitischen Themen wie Taiwan, Tibet oder Xinjiang zu assoziieren.

Aufgrund der divergenten Interessen wird sich China auch in Zukunft nicht eindeutig in der Ukraine-Krise positionieren, sondern ist bestrebt, seine guten Beziehungen zu allen Parteien aufrechtzuhalten. Über demokratische Erfolge in der Ukraine wird die Volksrepublik hinwegsehen und hoffen, dass ethnische und soziale Konflikte im eigenen Land nicht ernsthaft die Herrschaft der Kommunistischen Partei gefährden.

INDIEN

Dr. Lars Peter Schmidt | Dr. Kanwal Sibal

Die Krise zwischen den USA, der Europäischen Union (EU) und Russland ist von der indischen Regierung bislang sehr zurückhaltend behandelt worden. Die Anerkennung der Interessen Russlands gegenüber der Ukraine durch Indien sowie die indische Zurückhaltung angesichts der Annexion der Krim wurden von Russland positiv zur Kenntnis genommen. Die indische Regierung ist gegen die Sanktionen des Westens und wird sich diesen auch nicht anschließen. Die indische Presse hat den Konflikt, bedingt durch die indischen Parlamentswahlen, nur am Rande aufgegriffen. Kommentare zeigen tendenziell Verständnis für die russische Position, betonen jedoch die Notwendigkeit einer gemeinsamen und friedlichen Lösung des Konflikts.

Die meisten sicherheitspolitischen Experten in Indien empfinden die Rechtfertigungen für die Sanktionen des Westens als inkonsistent. Auch ist aus indischer Sicht angesichts der Unterstützung von Regimewandel in der arabischen Welt und des Einsatzes militärischer Gewalt zur Durchsetzung von Demokratie die Legitimation des Westens, Russland für die Einflussnahme in der Ukraine zu kritisieren, zu hinterfragen. Die Reaktion Russlands auf die Ereignisse in der Ukraine sei zu erwarten gewesen. Grund hierfür sind nach indischer Lesart der Georgien-Konflikt, die 2008 initiierte Östliche Partnerschaft ohne Einbindung Moskaus und die Zuspitzung der Situation in den vergangenen Monaten.

Indien bewertet die russische Einflussnahme in der Ukraine als Reaktion auf das Handeln des Westens. Russlands Präsident habe schon auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 sowie in der Folge die Nichtberücksichtigung der Interessen Russlands beklagt und in den folgenden Jahren wiederholt darauf hingewiesen, ohne dass davon im Westen ernsthaft Notiz genommen worden sei. Sowohl die USA als auch die EU würden aus indischer Sicht in der Ukraine keine Interessen haben, die mit denen Russlands vergleichbar seien. Die USA und die EU würden unterschätzen, dass Russland noch immer nicht selbstbewusst und souverän genug sei, um ein derartiges Auftreten des Westens an den eigenen Grenzen hinzunehmen. Erfahrungen wie die umgehende Aussetzung des NATO-Russland-Rats während der Georgien-Krise hätten dieses Misstrauen gestärkt. Die Initiierung der Östlichen Partnerschaft ohne Russland war aus indischer Sicht ein strategischer Fehler des Westens.

Das westliche Argument der Entscheidungsfreiheit, mit dem die Anbindung der Ukraine an NATO und EU gerechtfertigt werde, wirkt nach Meinung indischer Experten wie eine Schutzbehauptung. Das Argument, Russland habe völkerrechtliche Grenzen in Europa verändert, wird vor dem Hintergrund z.B. des Jugoslawien-Konflikts kritisch gesehen. Gleichwohl ist der Expertenszene Indiens bewusst, dass im früheren Jugoslawien in einer nach Krieg und Zerfallsprozessen historisch einzigartigen Situation durch die Entstehung neuer Staaten ein Konflikt befriedet wurde. Die unmittelbare Chance auf einen zügigen EU-Beitritt habe sich dabei als stabilisierender Katalysator auf die Region ausgewirkt. Diese Option wird von indischer Seite für die ehemaligen Staaten der Sowjetunion allerdings nicht gesehen.

Die aus Sicht Indiens voreingenommene Haltung Europas gegenüber Russland sei nicht zuletzt auch deshalb schwer zu verstehen, weil Russland kaum eine Bedrohung für das transatlantische Bündnis darstelle. Gleichwohl sei nachvollziehbar, dass die baltischen Staaten und Polen aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit Vorbehalte gegenüber Russland hegen würden. Indien zeigt dafür Verständnis, hält aber deren Ängste angesichts ihrer stabilen Position innerhalb der NATO und der EU für überzogen. Für eine Annäherung und einen Aussöhnungsprozess mit Russland hätte aus indischer Sicht mehr getan werden können.

Experten in Indien verstehen schlussendlich nicht, warum Russland von den USA und der EU derzeit als große geopolitische Gefahr erachtet und China dabei vernachlässigt werde. Russland sei ein semi-demokratisches Mehr-Parteien-System mit einer wenig diversifizierten Wirtschaft und würde kaum eine derartige Bedrohung darstellen, wie das von China mit einem autokratischen Ein-Parteien-System ohne Checks und Balances, wachsender militärischer Stärke sowie einem wirtschaftlich aggressiven Auftreten auf internationaler Bühne zu erwarten sei. Russland zu schwächen bedeutet aus indischer Sicht eine Stärkung Chinas. Russland werde damit mehr und mehr dazu gedrängt, den Druck des Westens durch einen Ausbau der Zusammenarbeit mit China auszugleichen.

JAPAN

Paul Linnarz

Die Ukraine-Frage wird in der japanischen Politik und in den Medien ausführlich diskutiert, zumal das Thema den japanischen Premierminister Shinzo Abe beim diesjährigen G7-Gipfel, während seiner Europareise (Ende April/Anfang Mai) und wenige Wochen später beim Shangri-La-Dialog in Singapur begleitet hat. Im Mittelpunkt der Berichterstattung steht der Vergleich zwischen der russischen Krimpolitik und den chinesischen Gebietsansprüchen über die Senkaku-Inseln (chin. *Diaoyu*) im ostchinesischen Meer. Japan hat das russische Vorgehen auf der Krim als Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine verurteilt und wirft China vor, in Asien ebenfalls eine Veränderung des Status Quo erzwingen zu wollen. Da die umstrittenen Inselgruppen im

ost- (und süd-)chinesischen Meer aber nicht bewohnt sind, dreht sich die Auseinandersetzung mit der Volksrepublik nicht um ethnisch-kulturelle Fragen (Volkszugehörigkeit, Minderheiten), sondern vor allem um völkerrechtliche Aspekte.

Im Falle einer regelrechten Invasion der umstrittenen Inseln durch China haben die USA Japan im Rahmen des bestehenden Verteidigungsbündnisses militärische Unterstützung garantiert. Bedenken bestehen in Japan hinsichtlich der US-amerikanischen Unterstützung jedoch für den Fall, dass China bspw. Fischer auf den Inseln ansiedelte und auf diese Weise seine Ansprüche ohne Militäreinsatz zementierte. Nach diesem „Grauzonen-Szenario“ würde China statt seiner Seestreitkräfte die Küstenwache entsenden, um die eigenen Staatsbürger auf den Inseln vor japanischen/US-amerikanischen Gegenmaßnahmen zu schützen.

Darüber hinaus wird befürchtet, dass China die internationale Aufmerksamkeit für den derzeitigen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine dafür nutzen könnte, „unbemerkt“ und „folgenlos“ weitere Schritte im ost- und südchinesischen Meer zu unternehmen. Europa wird vorgeworfen, zwar einerseits Russland im Konflikt mit der Ukraine/Krim klar zu verurteilen und Sanktionen gegen Moskau zu verhängen, hingegen China weitgehend kritiklos gewähren zu lassen.

Wiederholt wurde in der Berichterstattung über die Ukraine auch auf den Fortgang der Verhandlungen über das europäisch-japanische Partnerschafts- und Freihandelsabkommen sowie auf die transpazifische Partnerschaft TPP verwiesen. Die geplanten Abkommen gelten in den japanischen Medien als ein Grund dafür, warum sich die Regierung in Tokio im Konflikt um die Ukraine grundsätzlich auf die europäische/US-amerikanische Position gegen Russland festgelegt hat. Dazu zählen seit März nach dem Referendum auf der Krim-Halbinsel auch Sanktionen gegen Russland.

Die Strafmaßnahmen, darunter Einreisebeschränkungen für ausgewählte russische Beamte, eine Unterbrechung der Verhandlungen über Visa-Erleichterungen sowie über ein neues Investitions- und Raumfahrtabkommen, hatten ursprünglich aber eher symbolischen Charakter. Erst Ende September kündigte die Regierung in Tokio jedoch eine Verschärfung ihrer Maßnahmen an. Die neuen Sanktionen richten sich nunmehr

auch gegen fünf russische Banken. Bestimmte Anleihen dieser Kreditinstitute dürfen in Japan jetzt nicht mehr gezeichnet werden. Daneben wurden Waffenexporte nach Russland verboten.

Das Verhältnis zu Moskau hat sich im September durch den Besuch des Leiters der russischen Präsidialverwaltung, Sergej Iwanow, auf der Kurilen-Insel Iturup (jap. *Etorofu*) zusätzlich eingetrübt. Die südlichen Kurilen waren Ende des Zweiten Weltkriegs von sowjetischen Truppen besetzt worden. Sie werden als „nördliche Territorien“ gleichzeitig weiterhin aber auch von Japan beansprucht.

Japan ist trotz der derzeitigen Schwierigkeiten an einer Fortsetzung und Wiederbelebung des Dialogs mit Moskau interessiert, weil es nach der Fukushima-Katastrophe zur Energieversorgung dringend auf russische Gaslieferungen angewiesen ist. Darüber hinaus will Tokio unbedingt verhindern, dass sich Russland in außen- und sicherheitspolitischen Fragen stärker auf die Seite Chinas stellt und damit unter Umständen noch deutlicher gegen Japan und die japanisch/US-amerikanischen Interessen in der Region.

Nach Medienberichten vereinbarten Präsident Putin und Premierminister Abe im November am Rande des diesjährigen Gipfeltreffens der Asia-tisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (Apec) trotz der japanischen Sanktionen gegen Russland eine Fortsetzung und Intensivierung des Dialogs über bilaterale Themen in den Bereichen Umwelt, Energie und Sicherheit. Auch wollen Japan und Russland weiter über die Lösung der Kurilen-Frage und den Abschluss eines Friedensvertrages verhandeln. Beim Apec-Gipfel in Peking wurde dazu für 2015 ein Besuch des russischen Präsidenten in Tokio angekündigt.

In der japanischen Öffentlichkeit wird Russland nach seinem Vorgehen in der Ukraine/Krim überwiegend negativ beurteilt. Etwa sieben von zehn Japanern (69 Prozent) stehen dem Land nach einer im Juli vom US-amerikanischen Pew Research Center veröffentlichten Umfrage kritisch gegenüber. Im Unterschied dazu ist nur jeder vierte Chinese (23 Prozent) gegenüber Russland negativ eingestellt. In Indien und Vietnam findet Moskau nach den Umfrageergebnissen vom Juli sogar nur 16 Prozent bzw. 14 Prozent Widerspruch in der Bevölkerung.

KOSOVO

Anja Czymmeck

Im Kosovo ist die Annexion der Krim ein viel beachtetes und diskutiertes Thema bei Regierungsvertretern, Außenpolitikern, aber auch mit großer Regelmäßigkeit und Intensität in den Medien des Landes, d. h. sowohl in den Printmedien als auch im Radio, Fernsehen und auf Internetportalen. Das große Echo beruht auf Kommentaren und Meinungsäußerungen zur Krim-Annexion und die daraus resultierenden politischen Entwicklungen, in deren Rahmen die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo mit den Vorfällen auf der Krim verglichen wurde. Als Reaktion auf die entbrannten Diskussionen äußerten sich nicht nur Politiker, sondern auch Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen und NGO bei Fernsehauftritten und Diskussionsforen. Es wurden zahlreiche Artikel dazu veröffentlicht, die darauf hinwiesen, dass die Vorfälle auf der Krim nicht vergleichbar seien mit den politischen Ereignissen auf dem Balkan im Zusammenhang mit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. Auffällig war, dass sich Vertreter der serbischen Minderheiten im Kosovo positiv zu dem Vorgehen Russlands äußerten und den Schritt unterstützten und Moskaus Haltung annahmen, während andere Minderheiten, die im Kosovo leben, sich nicht dazu äußerten.

Bis auf die serbischen Minderheiten vertraten die Kosovaren die Ansicht, dass die Haltung des Westens zur Krim-Annexion unterstützt werden muss. Auf albanisch-kosovarischer Seite wurde stets die Sorge geäußert, dass nach den Ereignissen auf der Krim immer noch die Gefahr bestünde, dass Serbien eine ähnliche Vorgehensweise für den Nord-Kosovo in Zukunft einschlagen könnte. Daher wurde immer wieder hervorgehoben, wie wichtig die Integrität, Staatlichkeit und Souveränität des Kosovo seien und dies ebenso für den Norden des Landes gelten muss. Die Ängste und Kritik an der russischen Vorgehensweise wurden von starken anti-russischen und anti-slawischen Vorbehalten getragen. Betont wurde stets, dass die EU und USA die entscheidenden Partner des Kosovo mit großem Einfluss seien, von denen man sich eine klare Haltung im Falle eines Konflikts erhofft.

Die kosovarische Regierung verurteilte im März 2014 die Besetzung der Ukraine durch Russland scharf, bezeichnete sie als Bedrohung für Frieden und Sicherheit. Mit großer Aufmerksamkeit wurde auch die Bewertung

der Krim-Annexion durch den Westen als klarer Verstoß gegen das Völkerrecht verfolgt, ebenso wie die Äußerungen des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, der erklärte, dass es sich bei dem Vorgehen Moskaus zwar um einen Bruch des Völkerrechts handele, aber der Westen vor fünfzehn Jahren das gleiche getan hätte, als die NATO ohne Beschluss des UN-Sicherheitsrates im Kosovo intervenierte. Diese Aussage rückte den Kosovo-Konflikt verstärkt in die öffentliche Diskussion, auch weil selbst unter den EU-Ländern die Unabhängigkeit des Kosovo bis heute kontrovers gesehen wird und fünf EU-Länder (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Zypern und Spanien) die Unabhängigkeit nicht anerkennen, obwohl der Internationale Gerichtshof in Den Haag 2010 in einem Urteil die Unabhängigkeit als rechtmäßig anerkannte.

Zu dem Vergleich der Krim-Annexion durch Russland und dem Vorgehen des Westens im Kosovo wurde in der Diskussion Folgendes angemerkt: Es sei richtig, dass die NATO-Militärintervention ohne UN-Mandat erfolgte, aber es wurde daran erinnert, dass ein entsprechender Beschluss nicht zustande gekommen war, weil Russland sich widersetzt habe. Zudem wurden alle diplomatischen Mittel vor dem Militärschlag ausgeschöpft, und es wurde intensiv verhandelt. Russland interpretiert seine eigene Intervention auf der Krim als Pflicht zur Einmischung, um die eigenen Staatsbürger in der Ukraine zu schützen. Der Vergleich hinkt aber vor allem deshalb, weil im Kosovo der Westen mit seinem militärischen Eingreifen die Konsequenzen aus Vertreibungen der albanischen Bevölkerung der jugoslawischen Armee zog, denn im Falle des Kosovo ging es um ethnische Vertreibungen und Massaker. Die westliche Welt wollte mit ihrem Eingreifen nach den Ereignissen von Srebrenica einen weiteren Genozid auf dem Balkan, diesmal an den Albanern, verhindern.

Durch das Referendum auf der Krim blieb das Thema für den Kosovo von Interesse, weil Moskau im Zusammenhang mit dem durchgeführten Referendum auf der Krim über den Anschluss an Russland den Fall des Kosovo als Argument aufführte: Es wurde von russischer Seite die Meinung vertreten, dass die westliche Allianz ähnlich verfuhr, als man die Unabhängigkeit des Kosovo akzeptierte und die Krim folge nur diesem Beispiel. Dieser Vergleich war aber ebenso unangebracht, denn es wurde damals im Westen nicht versucht, Kosovo mit seinem Vorgehen in einen anderen Staat einzugliedern.

Regierungsbeamte, vor allem auch der kosovarische Außenminister, haben vor diesem Hintergrund in den letzten Monaten verstärkt die Sorge geäußert, dass die Annexion der Krim eine Destabilisierung anderer Regionen bedeuten könnte, falls das Beispiel Schule mache. NATO und EU wurden deshalb von kosovarischer Seite mit Vehemenz aufgefordert, daran mitzuwirken, dass die Länder des westlichen Balkans eine klare EU-Perspektive und eine weitere Annäherungsoption an europäische und transatlantische Strukturen erhalten. Sollte dies nicht geschehen, dann bleibt im Kosovo wohl die Angst bestehen, dass sich Serbien in Bezug auf den Nord-Kosovo ähnlich verhalten könnte, wie Russland in Bezug auf die Krim bzw. auf die Souveränität und Integrität der Ukraine. Daher schaut man im Kosovo sehr genau hin, ob Deutschland seine Forderungen an Serbien zur Normalisierung der Beziehungen der beiden Länder im Zuge einer fortschreitenden EU-Integration aufrechterhält und deren Umsetzung zur Bedingung für den weiteren Integrationsprozess macht.

MAZEDONIEN

Anja Czymmeck

Die Annexion der Krim und die weitere Entwicklung der Ereignisse wurden von den mazedonischen Medien verfolgt. Zu Beginn der Krise berichtete ein Korrespondententeam des öffentlichen Senders *Makedonska Radio Televizija* direkt über Geschehnisse in der Ukraine, wohingegen andere inländische Medien lediglich Informationen von ausländischen Nachrichtenagenturen übernahmen. Sie berichteten über die Krise, ohne Partei zu ergreifen. Allerdings wurde immer wieder die Frage aufgeworfen, wie sich Mazedonien zu den Sanktionen gegenüber Russland und den Auswirkungen dieser Ereignisse für die Sicherheit und Stabilität der Region stellt.

Die Medien kolportierten die Information, dass Mazedonien und Serbien als Beitrittskandidaten für die EU-Mitgliedschaft dazu aufgefordert wurden, der gemeinsamen europäischen Politik in Bezug auf die Sanktionen gegen Russland zu folgen¹. Von offizieller Seite in Mazedonien wurde

1 | Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Mazedonien über die Situation in der Ukraine, MFA, 03.03.2014. Abrufbar unter: <http://mfa.gov.mk/?q=node/3234>.

deutlich gemacht, dass die außenpolitische Grundeinschätzung des Westens zwar geteilt werde, aber bei der Frage der Sanktionen gegen Moskau zeigte man sich zurückhaltend. Analysen wurden veröffentlicht, die aufzeigten, dass, obwohl kein abgeschlossenes Freihandelsabkommen mit Russland besteht, sich trotzdem Raum und Möglichkeiten für einen intensiveren Handel mit Russland böten, solange sich Mazedonien nicht den Sanktionen gegen Russland anschließe.

Mazedonische Regierungsmitglieder vertraten in der Öffentlichkeit bisher die Position, dass ein politischer Dialog mit der direkten Beteiligung aller Akteure der einzige Weg sei, um die Krisensituation zu überwinden². Ebenso wurde Unterstützung für einen Friedensplan der Ukraine unter ihrem Präsidenten Petro Poroschenko geäußert. Gleiches gilt für alle internationalen Bemühungen, durch politische und diplomatische Mittel einen Waffenstillstand und eine friedliche Lösung für das Land zu finden³.

PAKISTAN

Ronny Heine

Die Annexion der Krim durch Russland ist in Pakistan zwar sehr wohl zur Kenntnis genommen worden, hat aber über eine rein informierende Berichterstattung in den Medien hinaus keine weitere Aufmerksamkeit erzeugt. Lediglich zu Beginn der Krim-Krise wurde auf einigen Konferenzen und in Expertenrunden sowie vereinzelt in Nachrichtensendungen des pakistanischen Fernsehens der Thematik etwas mehr Raum gegeben. Dennoch führte dies nicht zu einer breiter angelegten Diskussion oder Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit.

Darüber hinaus gibt es bis zum heutigen Zeitpunkt auch keine offizielle Verlautbarung oder Positionierung zur Annexion der Krim seitens der Regierung. Und weder das pakistanische Außenministerium noch das Parlament haben bisher eine öffentliche Stellungnahme zum Konflikt abgegeben. Das einzige medial verbreitete öffentliche Statement eines

2 | Mazedonien begrüßte den Friedensplan des Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, MFA, 24.06.2014. Abrufbar unter: <http://mfa.gov.mk/?q=node/3502&language=en-gb>.

3 | Đinh Công Tuấn, Ehemaliger Chefredakteur des Magazins „Europastudien“ (*Tạp chí nghiên cứu Châu Âu*), Institut für Europastudien

Politikers stammt vom Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des pakistanischen Senats. Dieser betonte im Rahmen einer internationalen Konferenz Anfang April dieses Jahres in Islamabad, dass Pakistan die Annexion der Krim durch Russland als nicht mit dem Völkerrecht vereinbar verurteile. Die Tatsache, dass die Länder der Europäischen Union die Annexion der Krim im Prinzip widerstandslos hingenommen haben, bezeichnete der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses als Triumph des Pragmatismus über Prinzipien. Der Senator bezog sich hierbei vor allem auf die Abhängigkeit Europas von russischen Gaslieferungen. Auch wenn diese Stellungnahme an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt, ist zu berücksichtigen, dass sie auf einer Konferenz getätigt wurde. Auf der politischen Bühne des Senats hat der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses seine Aussage öffentlich nicht wiederholt. Zudem blieb es eine singuläre Äußerung, und mittlerweile wird sowohl über die Annexion der Krim als auch über den Konflikt in der Ostukraine als Ganzes nur noch punktuell informierend am Rande berichtet.

Dass die Annexion der Krim keine Rolle in der öffentlichen Diskussion spielt, ist vor allem drei Gründen geschuldet:

1. Es handelt sich aus der Perspektive Pakistans um eine rein europäische Krise, von der sich Pakistan weder mittelbar noch unmittelbar betroffen fühlt. Zudem lenken sowohl die anhaltende politische und wirtschaftliche Instabilität im Land als auch die laufende Militäroperation in Nord-Waziristan die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf andere Themen.
2. Religiöse Parteien und Bewegungen spielen in Pakistan eine entscheidende Rolle in der Frage, welche innen- und außenpolitischen Themen Relevanz in der öffentlichen Wahrnehmung besitzen. Da abgesehen von den 300.000 auf der Krim lebenden Tataren keine Muslime von der Annexion betroffen sind, greifen die religiösen Parteien und Bewegungen in Pakistan die Thematik nicht auf. Anders verhielten sie sich während des Kosovo-Konflikts 1998/1999, als die muslimische Gemeinschaft unmittelbar betroffen war.
3. In Frühjahr dieses Jahres versuchte die Regierung von Premierminister Nawaz Sharif eine diplomatische Offensive zur Verbesserung der Beziehungen zu Indien zu starten, um damit u. a. auch einer Lösung der Kashmirfrage näher zu kommen. Eine eindeutige Stellungnahme zugunsten der Krim wird dabei von pakistanischer Seite vor dem

Hintergrund der guten Beziehungen Indiens zu Russland als ein mögliches Hemmnis einer Annäherung an Indien betrachtet. Darüber hinaus ist Pakistan zudem an guten Beziehungen zu Russland interessiert. Wurde die Sowjetunion während des Kalten Krieges noch als feindlicher Staat betrachtet, so ist Pakistan heute an einer Vertiefung der strategischen Beziehungen zu Russland interessiert. Es spielen aber auch ökonomische Interessen eine Rolle.

PHILIPPINEN

Benedikt Seemann

Auf den Philippinen wurde die Annexion der Krim von staatlicher Seite, ebenso aber auch seitens der Bevölkerung mit Sorge betrachtet. Der Diskurs wurde zum einen durch die langjährige kulturelle und politische Bindung der Philippinen an die USA geprägt, zum anderen wurden Implikationen hinsichtlich des Verhaltens der Volksrepublik (VR) China im Südchinesischen Meer diskutiert.

Die Philippinen tragen (ebenso wie andere Staaten Südostasiens) Territorialkonflikte mit der VR China im Südchinesischen Meer (bzw. der West Philippine Sea) aus. Die Spratley-Inseln etwa werden von sechs Staaten beansprucht. Die philippinische Armee unterhält im nordöstlichen Teil wenige Soldaten auf den Inseln West York (Likas) (19 ha), auf Northeast Cay (Parola) (13 ha), auf Nanshan (Lawak) (8 ha) und Loaita (Kota) (6 ha). Die geostrategische Dimension des Konflikts betrifft immense Öl- und Gasvorkommen, welche im Südchinesischen Meer vermutet werden. Latent kam in der Öffentlichkeit die Befürchtung auf, die Volksrepublik China könne mit den umstrittenen Gebieten im Südchinesischen Meer ebenso verfahren wie Russland mit der Krim. Zu einer Eskalation des Konflikts ist es infolge der Krim-Annexion jedoch nicht gekommen.

Eine Dimension, in welcher für eine nationale Minderheit auf den Philippinen etwaige Parallelen sichtbar hätten sein können, ist zudem der Friedensprozess in Muslim Mindanao. Die Autonomous Region Muslim Mindanao (ARMM) soll von einer bisherigen „Schein-Autonomie“ zum sogenannten autonomen „Bangsamoro“ werden. Die Abwägung der Interessen der Zentralregierung in Manila sowie der Forderungen der ARMM (vertreten durch die Moro Islamic Liberation Front, MILF) mündeten in

einem Friedensabkommen und dem Entwurf des *Bangsamoro Basic Law*, eines Grundgesetzes für das zukünftig autonome Bangsamoro, welches nun in den parlamentarischen Prozess eingebracht worden ist. Im Zuge der Krim-Annexion wurden hier seitens der Medien Implikationen für die Philippinen aufgezeigt. Letztendlich wurde aber deutlich, dass die interethnischen Spannungen in dem mehrheitlich christlichen Land gänzlich anderer Natur sind und dass die muslimische Mehrheit in Muslim Mindanao de facto lediglich nach mehr Autonomie im Sinne eines föderalen Teilstaats strebt. Die Befürworter der künftigen Autonomieregion Bangsamoro wollen keineswegs eine Loslösung vom Staatsgebiet der Philippinen. Zum anderen gab und gibt es keinen starken externen Akteur (wie etwa Russland im Fall der Krim-Annexion), der eine Loslösung befürworten würde.

Es bleibt festzuhalten, dass die Annexion der Krim in den Medien wesentlich weniger Aufmerksamkeit als in Europa genoss. Alle etwaigen Parallelen, die gezogen wurden, erwiesen sich als unbegründete Befürchtungen. Zum jetzigen Zeitpunkt spielen die Ereignisse in der Ukraine/Russland keine signifikante Rolle mehr in der medialen Darstellung.

VIETNAM

Rabea Brauer

„Die Inkorporation der Krim in die Russische Föderation im März 2014 als Teil der politischen Krise in der Ukraine bewegte alle Schichten der vietnamesischen Öffentlichkeit“⁴ – so schreiben es die Wissenschaftler und Zeitungen. Die Annexion entspricht internationalem Recht und das Referendum spiegelt den unbedingten Willen der Bevölkerung wider – so wird es der vietnamesischen Bevölkerung in den Mund gelegt. Tatsächlich beschäftigen sich eher die Partei- und Regierungsgremien intensiv mit der Annexion. Ihr offizieller Standpunkt ist das Beharren auf einer

4 | „Vietnam verfolgt genau die Situation in der Ukraine und auf der Krim. Wir erwarten eine friedliche Lösung anstehender Probleme auf Grundlage der Achtung der Grundprinzipien des Völkerrechts und der berechtigten Wünsche der Bevölkerung, damit die Situation sich schnell stabilisiert im Sinne des Friedens und der Stabilität in der Region und in der Welt.“ Regierungssprecher Lê Hải Bình am 21.03.2014

friedlichen Lösung nach Prinzipien des Völkerrechts.⁵ Ein Statement, das jedem ihrer strategischen Partner gerecht wird.

Das Polizei- und Verteidigungsministerium sowie die Ausschüsse für Propaganda der Kommunistischen Partei Vietnams boten noch im März 2014 Seminare für ihre Direktionen und Wissenschaftler an. Im Ergebnis erschienen Studien der Institute für Internationale Beziehungen und der Politischen Akademien zur Krim. In den staatlichen Medien ist die Ukraine und die Krim-Annexion nur noch selten ein Thema. Die Staatsmedien hießen die Annexion nicht gut, trotzdem war eine stillschweigende Billigung zu erkennen. Während BBC und VOA vor allem ablehnende Haltungen vietnamesischer Politiker einfingen, porträtierten die Meinungsmacher der Parteiorgane eher Zustimmung für Russland. Einig sind sich beide Lager nur darin, dass es keine Waffengewalt geben darf. Darüber, dass dieser Punkt in der Ukraine längst überschritten wurde, schweigen sich die Staatsmedien aus.

Das zurückhaltende und versucht objektive Bild in den staatlichen Print- und Broadcastmedien ist ein drastisch anderes als in den sozialen Medien. Während der sogenannte „linke Rand“ die bewaffneten russischen Sondereinheiten in der Ukraine in ihren Blogs anprangert⁶, halten die Alumni und Sympathisanten Russlands auf Facebook dagegen. Gemessen daran, dass die Nutzung sozialer Medien strengstens kontrolliert bis hin zu verboten ist, lassen die Sicherheitsbehörden die Gruppen ungewöhnlich frei agieren. Diese Situation erinnert an den kontrollierten Protest gegen China: wie ein Laborversuch dienen die sozialen Netze der öffentlichen Meinungsmache.

Vietnam fühlt sich aufgrund seiner kommunistischen Historie und sozialistisch geprägten Regierung Russland sehr nahe. Unzählige Vietnamesen, die bis 1990 einen universitären Abschluss in Moskau erwarben, sind heute in Regierungsverantwortung oder in Entscheidungsgremien der Wirtschaft tätig. Mit Russland hat Vietnam sein erstes strategisches Abkommen (2001) unterzeichnet. Selbst nach dreizehn Jahren hat dieses Abkommen noch immer einen Sonderstatus: Neben China ist Russland der einzige „umfänglich strategische“ Partner (*Comprehensive Strategic*

5 | Boxit Viet Nam (Blog)

6 | <http://vovworld.vn/de-de/Nachrichten/Putin-strategische-Partnerschaft-zwischen-Russland-und-Vietnam-wird-vertieft/267720.vov>

Partnership). Seit Beginn der diplomatischen Beziehungen 1950 unterstützt Russland die Entwicklung Vietnams ideologisch, militärisch und wirtschaftlich. Staatsbesuche finden halbjährlich statt und zum 69. Nationalfeiertag am 3. September 2014 schickte der russische Präsident Wladimir Putin ein Glückwunschtelegramm mit der Bitte, die bilateralen Vereinbarungen umzusetzen und die strategische Zusammenarbeit im Interesse beider Völker zu verstärken. Das ist für Vietnam ein zeitgemäßer Wunsch, denn China als wichtigster Handelspartner zeigt Vietnam die (See-)Grenzen auf und sorgt als hegemoniale Bedrohung für außenpolitische Verstimmungen. Aus dieser Gemengelage heraus ist es für Vietnam schwierig, die Krim-Annexion objektiv zu bewerten.

In der politikwissenschaftlichen Bewertung der Auswirkungen der Krim-Annexion sind zwei Standpunkte zu erkennen: Während die einen die Annexion als Steilvorlage für Chinas Expansionsbemühungen sehen und sofort Parallelen zwischen Vietnam und der Ukraine beschreiben, wiegeln die anderen die Annexion als Korrektur einer historischen Fehlentscheidung und somit als einmaliges Ereignis ab. Beide Lager sorgen sich jedoch gleichermaßen über die weitreichenden Abhängigkeiten Vietnams von China und Russland und betrachten misstrauisch die neuerliche Annäherung der Großmächte. Vietnam hat sehr wohl die neutrale Haltung Russlands zur Stationierung einer chinesischen Bohrrinsel in vietnamesischem Gewässer registriert. Russland unterstützt ganz offiziell den chinesischen Weg, die Territorialkonflikte bilateral zu lösen. Wenig hilfreich sind zudem die russisch-chinesischen Seemanöver im Ostchinesischen Meer. Um die fast ausschließliche politische, militärische und wirtschaftliche Bindung an beide Nationen zu lösen, bemüht Vietnam seine zahlreichen strategischen Partnerschaften in der Hoffnung auf vertiefte Beziehungen (z.B. der Abschluss des Freihandelsabkommen mit der EU). Militärisch orientiert sich Vietnam zunehmend an Japan, Indien, vor allem an den Vereinigten Staaten. Die Beziehungen zu den USA werden folglich zunehmend enger.

Ob die Installation der chinesischen Bohrrinsel in vietnamesisches Gewässer im März 2014 im zeitlichen Zusammenhang mit der Krim-Annexion stehen sollte, ist nicht bekannt. Tatsächlich war der Nachrichtenwert dieser völkerrechtswidrigen Aktion auf Grund der globalen Medienkonzentration auf die Ukraine eher gering. Offiziell wird in der Presse nach wie vor das gute Verhältnis zu Russland gefeiert. Die hier dargelegten Überlegungen stammen aus Studien, Parteigremien und von Wissenschaftlern.